

## **PROTOKOLL**

**über die 37. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr**

**am Donnerstag, 13. November 2014, im Rathaus, 1. Stock hinten,**

**Gemeinderatssitzungssaal.**

**Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr**

### **Anwesend:**

#### **BÜRGERMEISTER:**

Gerald Hackl als Vorsitzender

#### **VIZEBÜRGERMEISTER:**

Walter Oppl  
Wilhelm Hauser  
Gunter Mayrhofer

#### **STADTRÄTE:**

Ingrid Weixlberger  
Dr. Michael Schodermayr  
Dr. Markus Spöck, MBA -  
(ohne GR Mandat)  
Dr. Helmut Zöttl

#### **GEMEINDERÄTE:**

Kurt Apfelthaler  
Rudolf Blasi  
Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner  
Roman Eichhübl  
Ernst Esterle (**ab 14:23 Uhr**)  
Helga Feller-Höllner  
MMag. Michaela Frech  
Monika Freimund  
Mag. Wolfgang Glaser  
Michaela Greinöcker  
Ing. Wolfgang Hack  
Kurt-Werner Haslinger  
Rosa Hieß  
Ing. Franz-Michael Hingerl  
Josef Holzer

Thomas Kaliba  
Mag. Reinhard Kaufmann  
Mag. Gerhard Klausberger  
Eva-Maria Leitner  
Ing. Kurt Lindlgruber  
Erika Loibl, MAS  
Hans Payrleithner  
Natascha Payrleithner  
Florian Schauer  
Birgit Schörkhuber (**ab 15:47 Uhr**)  
Rudolf Schröder  
Mag. Erwin Schuster  
Silvia Thurner  
Ursula Voglsam

#### **VOM AMT:**

Dr. Kurt Schmidl  
Dr. Manfred Hübsch  
Mag. Helmut Lemmerer  
Mag. Helmut Golda  
Dr. Michael Chvatal  
Thomas Schwingshackl

#### **ENTSCHULDIGT:**

#### **PROTOKOLLFÜHRER:**

Dr. Kurt Schmidl  
Schaumberger Christina

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOG

## VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;  
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

GR Ernst Esterle  
GR Mag. Wolfgang Glaser

- 2) BILDUNG DER GEMEINDERÄTLICHEN AUSSCHÜSSE; ÄNDERUNG IN DER ZUSAMMENSETZUNG

- 3) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

- 4) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

- 5) AKTUELLE STUNDE

- 6) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)

- 7) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

## INHALTSVERZEICHNIS:

1) Ges-6/12	Nachtrag zum Dienstleistungsvertrag SBS GmbH.....	8
2) Fin-129/13	Turnverein Steyr 1861; Sanierung des Daches der Vereinsturnhalle, Fachschulstraße 1.....	9
3) Sport-4/14	Sportehrenzeichenverleihung 2014.....	12
4) Fin-110/14	Nachtragsvoranschlag 2014.....	15
5) SBS-60/14	Stadtbus; Erhöhung der Haustarife per 1.1.2015.....	18
6) SH-5/14	Caritas Familienhilfe; Leistungsvereinbarung 2015.....	26
7) SH-2/14	Mobile Dienste/HKP, FSAB und HH; Leistungsvereinbarung 2015.....	27
8) GHJ2-41/14	Alten- und Pflegeheim Tabor; Abschluss eines Mietvertrages mit der GWG der Stadt Steyr GmbH (vorbehaltlich der Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss APS).....	29
9) WaP-5/14	Hochwasserschaden Rederbrücke; anteilige Übernahme der Reparaturkosten.	30
10) VerkR-694/05	Änderung der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr betreffend die Darbietung von Straßenmusik (Straßenmusikverordnung 2014).....	36
11) VerkRP-2/14	Schutzwege VLSA Haratzmüllerstraße bzw. Münchenholzweg und Kellaugasse.	53

### **BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

- 1) Ges-6/12 Nachtrag zum Dienstleistungsvertrag SBS GmbH.
- 2) Fin-129/13 Turnverein Steyr 1861; Sanierung des Daches der Vereinsturnhalle, Fachschulstraße 1.
- 3) Sport-4/14 Sportehrenzeichenverleihung 2014.
- 4) Fin-110/14 Nachtragsvoranschlag 2014.

### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

- 5) SBS-60/14 Stadtbuss; Erhöhung der Haustarife per 1.1.2015.

### **BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:**

- 6) SH-5/14 Caritas Familienhilfe; Leistungsvereinbarung 2015.
- 7) SH-2/14 Mobile Dienste/HKP, FSAB und HH; Leistungsvereinbarung 2015.
- 8) GHJ2-41/14 Alten- und Pflegeheim Tabor; Abschluss eines Mietvertrages mit der GWG der Stadt Steyr GmbH (vorbehaltlich der Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss APS).

### **BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:**

- 9) WaP-5/14 Hochwasserschaden Rederbrücke; anteilige Übernahme der Reparaturkosten.

### **BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:**

- 10) VerkR-694/05 Änderung der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr betreffend die Darbietung von Straßenmusik (Straßenmusikverordnung 2014).
- 11) VerkRP-2/14 Schutzweg VLSA Haratzmüllerstraße bzw. Münchenholzweg und Kellaugasse.

## **BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

### **Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:**

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GR Ernst Esterle  
GR Mag. Wolfgang Glaser

## **ERÖFFNUNG DER SITZUNG:**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste. Ich darf sie sehr herzlich zur Gemeinderatssitzung begrüßen. Ich eröffne die Sitzung und darf feststellen, dass wir ordnungsgemäß eingeladen haben und somit auch beschlussfähig sind. Als Protokollprüfer wurden genannt der GR Ernst Esterle und GR Mag. Wolfgang Glaser.

### **Zu Pkt. 2) BILDUNG DER GEMEINDERÄTLICHEN AUSSCHÜSSE; ÄNDERUNG IN DER ZUSAMMENSETZUNG:**

Im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss liegt von der FPÖ eine Änderung vor und bekannt gegeben hat. Ich darf auch sagen, dass diese Wahl nur fraktionsintern durchgeführt werden kann. Der Vorschlag bzw. das Begehren ist die Zusammensetzung des Finanz- und Rechts- und Wirtschaftsausschusses so geändert wird, dass als Mitglied der Herr Stadtrat Dr. Helmut Zöttl anstelle von GR Roman Eichhübl sein wird und als Ersatzmitglied der Herr GR Ing. Kurt Lindlgruber anstelle von Herrn Dr. Zöttl, der dann als reguläres Mitglied auftreten wird. Wie gesagt, zur Wahl sind nur die Mitglieder der FPÖ-Gemeinderatsfraktion aufgerufen und ich darf daher die Mitglieder der FPÖ-Gemeinderatsfraktion fragen, ob sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind und das mit einem Zeichen mit der Hand kund zu tun. Ist jemand gegen diesen Vorschlag? Übt jemand Stimmenthaltung? Somit wurde der Vorschlag einstimmig angenommen.

UNBEKANNTER ZWISCHENRUF:

Eine Stimmenthaltung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Pardon, das habe ich nicht gesehen. Entschuldigung. Dankeschön. Mit einer Enthaltung angenommen.

## **WAHL**

über den Wahlvorschlag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion

Anzahl der abgegebenen Stimmen: **6**

Für den Wahlvorschlag der FPÖ -Gemeinderatsfraktion: **5** (StR Dr. Helmut Zöttl, GR Roman Eichhübl, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR Ing. Kurt Lindlgruber)

Gegenstimmen: ---

Enthaltungen: **1** (GR Hans Payrleithner)

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Gut, nein das kommt erst nachher. Dann kommen wir schon zu den Mitteilungen.

**Zu Pkt. 3) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:**

Liegen keine vor.

**Zu Pkt. 4) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:**

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Am 3. November hat die Frau GR Mag. Elisabeth Gruber mit mitgeteilt oder uns eigentlich mitgeteilt, dass sie mit sofortiger Wirkung auf ihr GR-Mandat verzichtet. Das sie aus beruflichen Gründen dieses Amt nicht mehr ausüben kann und gemäß der oberösterreichischen Kommunalwahlordnung ist die Frau Natascha Payrleithner als nächstgereihtes Ersatzmitglied auf dieses Mandat zu berufen und ich darf sie daher fragen Frau Payrleithner ob sie dieses GR-Mandat ausüben und annehmen werden.

**GEMEINDERÄTIN NATASCHA PAYRLEITHNER:**

Ja ich will.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Somit können wir das als gegeben annehmen. Eine Wahl ist nicht mehr notwendig, da die Frau Payrleithner ja ohnehin schon als Stellvertreterin fungiert hat.

Nun zu allgemeinen Mitteilungen. Nur wer es noch nicht weiß oder auch noch nicht in den Medien gelesen hat. Am 25. November wird unser Alten- und Pflegeheim Tabor nicht nur fertig sondern es passiert auch der Umzug. Das heißt, die Insassinnen und Insassen werden in das neue Haus übersiedeln. Das soll halt alles an einem Tag passieren. Wir sind ja schon geübt. Wir haben ja in den letzten Jahren, fast letzten 10 Jahren, 3 neue Häuser gebaut und alle haben schon gewartet. Jetzt ist es so weit. Das bisher bestehende Haus, das alte Haus, wird dann entkernt und abgerissen – Juristen könnt ihr ein bisschen - die offizielle Eröffnung werden wir dann Anfang 2015 durch führen.

Das der Advent vor der Tür steht ist auch kein Geheimnis. Vielleicht nur zwei Termine. 20. November Ausstellungseröffnung Kunstausstellung, Kunsthandwerkausstellung von der Frau Gaumberger und am 21. sehen wir uns bei der Christkindlmarkteröffnung – hoffentlich voll-zählig.

Berichten darf ich euch, darf ich ihnen noch, das wir ja eine Resolution an das Bundeskanzleramt gestellt haben bezüglich des Transatlantischen Freiheitshandelsabkommens und da haben wir ein Schreiben zurück bekommen eben vom Bundeskanzleramt und da wird geschrieben, das möchte ich ihnen vorlesen: „Ihr Schreiben vom 26. Mai 2014 mit dem Sie eine Resolution betreffend Transatlantisches Freihandelsabkommen übermitteln wurde dem Ministerrat in seiner Sitzung vom 11. Juli 2014 vorgelegt. Generell kann ich Ihnen dazu auf Grundlage der bei den zuständigen Stellen eingeholten Stellungnahmen versichern, dass die Vertreterinnen und Vertreter der österreichischen Bundesregierung und insbesondere das federführend zuständige Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft auf allen Ebenen, auf denen die Thematik behandelt wird, entschieden für österreichische Interessen eintreten. Der Bundesregierung ist es außerdem ein wichtiges Anliegen, dass größtmögliche Transparenz auch gegenüber der Öffentlichkeit sichergestellt ist, um auf Bedenken eingehen und Missverständnisse ausräumen zu können. Ihre Stellungnahme wird daher, so

wie auch zahlreiche andere bei uns einlangende Stellungnahmen, in die innerstaatlichen Diskussionen und damit in die Formulierung und laufende Aktualisierung österreichischer Positionen mit einbezogen. Mit bestem Dank für Ihr Engagement. Mit freundlichen Grüßen  
Mag. Nicole Bayer für das Bundeskanzleramt.

So, das habe ich ihnen auch mitgeteilt. Vielleicht noch zwei Dinge. Positive Dinge. Wie schnell das neue Feuerwehrhaus wächst, also da geht rucki-zucki was weiter. Es ist noch nicht Dachgleiche, aber es ist schon ansehnlich. Wer vorbei fährt einmal auf der Aschacher Straße. Ist sehenswert wie schnell das geht und dann darf ich noch bekannt geben, wer es nicht gelesen hat, das der Stollen der Erinnerung einen Anerkennungspreis beim österreichischen Museumspreis bekommen hat. Auch das denke ich eine positive Nachricht und positive PR für unsere Stadt.

Zum Schluss noch wie immer die leider unerfreuliche Nachricht vom Arbeitsmarkt. Wir haben eine Arbeitslosenrate momentan in der Stadt und im Bezirk von 7,7 %, oberösterreichweit liegen wir beim Durchschnitt bei 5,1 % und Österreich ist 8,1 %. In Prozentzahlen bzw. in absoluten Zahlen sind das mehr als 3.000 Arbeitssuchende im Bezirk – die genauen Zahlen bin ich jetzt gerade am Blättern, wo ich die wieder habe – ja genau da habe ich sie, im Oktober waren genau 3.249 Personen, das sind um 308 Personen mehr als im Vergleichszeitraum des Monats des Vorjahres oder 10,47 % und die absoluten und die Prozentzahlen habe ich ihnen schon gesagt. Ja so viel zu den Mitteilungen. Dann können wir schon in die Tagesordnung eintreten und ich gebe dazu den Vorsitz an den ...

*Mitteilung von Herrn Magistratsdirektor Dr. Kurt Schmidl.*

Aha, gut dann habe ich noch etwas vergessen was ich ihnen mitteilen muss. Das sich auch der Fraktionsvorsitz bei der freiheitlichen GR-Fraktion geändert hat und zwar anstelle des Kollegen Eichhübl wird den Fraktionsvorsitz der Herr Stadtrat Dr. Zöttl übernehmen und als sein Stellvertreter wird der Ing. GR Lindlgruber fungieren.

#### **Zu Pkt. 5)     **AKTUELLE STUNDE****

Liegt keine vor!

**Zu Pkt. 6)     **KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES**** gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)

Liegen keine vor!

#### **Zu Pkt. 7)     **VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE:****

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Somit habe ich das auch öffentlich kundgetan und nun sind wir in der Tagesordnung bzw. bei den Verhandlungsgegenständen und ich darf den Vorsitz an den VbGm. Oppl dazu abgeben.

ZWISCHENRUF VON GR HANS PAYRLEITHNER (vom Platz aus):

Kann man für die Gäste nicht Sessel aufstellen. Das dauert ja eine Stunde bis wir zu dem Tagesordnungspunkt kommen ...

*Diverse Diskussionen untereinander!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Momentan sehe ich mich außer Stande Sessel aufzutreiben, weil ich den Vorsitz führen muss. Also.

*Diverse Diskussionen untereinander!*

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Gut, wenn Bedarf ist, wenn sich wer nieder setzen möchte, wir haben ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir besorgen auch welche, also so ist es ja nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Gut, dann darf ich den Vorsitz übernehmen und darf nun Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung ersuchen.

### **BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

#### **1) Ges-6/12**

#### **Nachtrag zum Dienstleistungsvertrag SBS GmbH.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja in meinem ersten Tagesordnungspunkt geht's um einen Nachtrag zum Dienstleistungsvertrag mit den Stadtbetrieben Steyr. Sie wissen ja, damals wie wir die Stadtbetriebe Steyr gegründet haben, haben wir auch Dienstleistungsverträge oder einen Vertrag abgeschlossen. Wie so oft bei juristischen Konvoluten, die sehr dick sind, kommt es in der Praxis dann zu Überschneidungen oder Dingen, die man im Nachhinein nachholen muss. Wir haben eigentlich alles gut durchdacht, aber dass es ein Pauschalentgelt auch für die EDV geben soll, haben wir in dieser, in diesem Detail noch nicht berücksichtigt. Das soll mit diesem Dienstleistungsvertrag bzw. mit diesem Nachtrag nachgeholt werden und auch die Art und Weise wie das Entgelt, das wir von den Stadtbetrieben Steyr für unsere Zur-Verfügung-Stellung der IT-Lösungen oder Dienstleistung bekommen. Darum geht's in diesem Nachtrag zum Dienstleistungsvertrag. Ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten vom 16.09.2014 wird dem Abschluss eines Nachtrages zur Vereinbarung vom 22.03.2012 über die Erbringung von Dienstleistungen und deren Abgeltung zwischen der Stadt Steyr und der SBS GmbH (Dienstleistungsvertrag) entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zu den dort festgehaltenen Bedingungen zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich sehe das ist nicht der Fall. Ist wer gegen diesen Antrag? Übt wer Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall, somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Der nächste Punkt bitte.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

## **2) Fin-129/13                      Turnverein Steyr 1861; Sanierung des Daches der Vereinsturnhalle, Fachschulstraße 1.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinem nächsten Punkt geht es um den Turnverein Steyr 1861. Die Sanierung des Daches der Vereinsturnhalle. Ein Sportprojekt. Der Turnverein überlegt ja seit Jahren wie er seine große Halle, die ihm ja gehört, sanieren kann. Es hat viele Gespräche gegeben, viele Pläne. Es geht wie überall um das Geld. Es wurde dann im Endeffekt eine Dachsanierung als erster Schritt festgelegt. Dann hat man festgestellt, dass die Dachsanierung nur mit einer Neudeckung nicht ausreichend ist, dass die Statik nicht mehr passt und und und. Schlussendlich ist man bei einem Sportprojekt gelandet was gewaltige Summen aufmacht. Das Land OÖ fördert diese Investition oder Sanierung mit sportrelevanten Bauwerkskosten von EUR 381.600,--. Wir orientieren uns immer an dieser Zahl, weil wir als Stadt eine gute, denke ich, und bewährte Regel haben, wo wir sagen als Stadt sind wir mit einem Drittel dann als Subventionsgeber dabei und somit auch logischer Weise auch beim Turnverein. Und das ist eine Summe von EUR 127.200,-- die wir in mehreren Jahresraten, beginnend ab 2015, bezahlen wollen. Das ist auch mit dem Turnverein so ausgemacht und ich ersuche um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Gibt es dazu eine Wortmeldung? Da habe ich den Koll. Eichhübl. Bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, sehr geehrte Gäste, werte Vertreter der öffentlichen Medien. Ich darf voraus schicken das ich zu diesem Tagesordnungspunkt eine nicht übliche sehr kurze Wortmeldung abgebe, aber eine längere wird voraussichtlich noch folgen, darf ich ebenfalls darauf hinweisen. Selbstverständlich meine Damen und Herren sind wir für die Förderung der Dachsanierung für den genannten Turnverein und werden das auch selbstverständlich vertreten. Aber und da hängt eine sehr wichtige Frage daran, wir bedauern es außerordentlich das es jetzt sogar schon notwendig ist das wir Förderungsmaßnahmen in der Größenordnung von EUR 130.000,-- rund bereits in das Budgetjahr 2017 hinaus schieben müssen. Also das scheint mir schon ein Zeichen zu sein, das es äußerst wichtig wäre endlich grundsätzlich einmal über die Subventionierungen von verschiedenen Vereinen, von verschiedenen Institutionen darüber nachzudenken. Ich glaube, das sollte auch bei den künftigen Budgetverhandlungen eine entsprechende Rolle spielen. Die Budgetverhandlungen sind entgegen der öffentlichen Berichterstattung ja noch nicht abgeschlossen, sondern es ist tatsächlich so, dass nicht der Stadtssenat die Beschlussfassung gemacht hat, sondern das obliegt natürlich dem höchsten Gremium dieses politischen Bereiches, nämlich dem Gemeinderat. Und daher ist es durchaus

noch notwendig oder erforderlich einige Budgetverhandlungen noch in Bezug auf verschiedene Maßnahmen zu machen. So sehen wir das zumindest in unserer Fraktion und darf nun wie gesagt nochmals wird es notwendig sein in Bezug darauf, dass wir das Budgetjahr 2017 bereits angreifen. Also in die nächste Funktionsperiode weit hinein gehen. Das man grundsätzlich die Budgetierung von verschiedenen Förderungsmaßnahmen und Subventionen durchdenkt, denn das ist ein nicht besonders gutes Zeichen für die Budgetlage der Stadt Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Koll. Apfelthaler. Bitte Kurt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Die Ratenzahlungen sind bei uns im Grunde genommen ein guter Brauch. Ich darf nur daran erinnern, dass wir damals zur Förderung des BMW Steyr in Millionenhöhe seitens der Stadt in die Tasche gegriffen haben und das war auf einmal nicht Not. Also das ist, das wäre auf einmal nicht gegangen und wir haben es glaube ich 6 oder 7 Jahre oder noch viel länger jedes Jahr diese Ratenzahlung mit einer Ausnahme bezahlt. Also einen so einen großen Betrag auf einmal zu bezahlen finde ich ja finanztechnisch ja klug, wenn man sagt den tun wir auf 2 oder 3 Jahre aufteilen. Also bitte Koll. Eichhübl wir haben das früher auch getan und das ist glaube ich sehr gut. Dann haben wir nicht auf einmal gleich die Last.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Koll. Mayrhofer. Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich möchte darauf hinweisen das natürlich diese Förderung sich nur auf die Dachsanierung bezieht. Das also die Gesamtförderung des Objektes in eine ganz eine andere Höhe ist. Die avisierten sportrelevanten Bauwerkskosten mit EUR 381.600,- inkl. USt. sind ausschließlich für das Dach. Und da bin ich jetzt schon ein bisschen beim Koll. Eichhübl. Wenn ich schon für das Erste, was also jetzt passiert, bis zum Jahr 2017 die Ratenzahlung mache, dann bedeutet das im Gegensatz zu BMW vielleicht das die das nicht aus der Portokasse zahlen können, sondern dieser Verein sich hier Fremdmittel aufnehmen muss, Zinsen zahlen muss und das auch finanziert werden muss. Also den Vergleich zwischen einen Industriebetrieb mit Milliarden-gewinn herzustellen mit einem Sportverein das halte ich für etwas mutig.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Gibt es weitere Wortmeldungen? Wünscht der Referent ein Schlusswort?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Bitte.

#### BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja ich bin jetzt ein bisschen überrascht. Also ich kann ihnen allen nur sagen, es war ein sehr amikales Gespräch mit dem Turnverein und es gibt kaum eine Stadt in OÖ oder auch vielleicht in Österreich die, wenn es um Infrastruktureinrichtungen gibt, eine derartig großzügig Förderung von einem Drittel der sportrelevanten Kosten hat. Ich kann nur sagen, alle Vertreter des Turnvereines waren sehr, sehr froh, dass wir da mit diesem hohen Betrag für die Dachsanierung dabei sind und haben diese Ratenzahlung gerne akzeptiert. Es ist geübter Brauch, wir tun uns im Budget ein bisschen leichter und es ist nicht so, dass wir nicht auf einmal auch die EUR 127.000,-- zahlen könnten. Dann hätten wir es eben auf einmal bezahlt, aber es belastet das Budget über die Maßen meinen wir und bei anderen Vereinen machen wir es auch so. Und es ist nicht so, dass die Leute traurig weggegangen sind vom Turnverein. Ganz im Gegenteil, die waren froh. Weil EUR 127.000,-- Zuschuss für eine Investition zu bekommen, das ist ja kein „Lärcherl“ würde ich mal sagen und wie gesagt, da sind wir alle gut beraten das auch so zu sehen. Und bei der momentanen Zinsenlandschaft, das sehen auch die Finanzreferenten in den Vereinen, ist es nicht so ein Problem das zwischen zu finanzieren und in Wahrheit geht's nur wie man es halt im Budget darstellt. Vielleicht noch ein kleiner Schlenker – das Land OÖ vergibt Förderungen zum Teil über 10 Jahre hinaus. Und auch aus Budgetgründen, man sagt ein bisschen budgetschonend, wir sagen euch zu, ihr könnt damit rechnen – das ist für die Vereine wichtig weil sie auch bei anderen Fördergebern ansuchen – und können auch im Endeffekt sicher stellen, mit dem Wissen und im Wissen das die Kommunen oder auch das Land OÖ natürlich ein verlässlicher Zahler ist. Also ich glaube da liegen wir gut, aber ich gebe dir Recht Roman Eichhübl, diese Presseaussendung war ein bisschen irrtümlich oder falsch oder missverständlich auszulegen. Na selbstverständlich ist das Budget noch nicht abgeschlossen. Wir haben im Dezember erst den Budgetgemeinderat und die Verhandlungen sind nicht abgeschlossen. Die Formulierung der Aussendung war ein bisschen unglücklich, missverständlich, aber ich glaube ihr habt das mit der Pressestelle schon so besprochen. Da hat es keine Absicht gegeben. Da wollte niemand jemanden schon mehr oder minder vor vollendete Tatsachen stellen. Das war nicht die Absicht. Ich ersuche um Beschlussfassung.

#### Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 27. Oktober 2014 wird dem Turnverein Steyr 1861 für die Dachsanierungsarbeiten der Vereinsturnhalle, Fachschulstraße 1 eine außerordentliche Subvention in der Höhe von € 127.200,00 gewährt, die sich wie folgt aufteilt:

Budgetjahr 2014	€ 30.000,00
Budgetjahr 2015	€ 37.200,00
Budgetjahr 2016	€ 30.000,00
Budgetjahr 2017	€ 30.000,00

Zum genannten Zweck werden als erste Rate Mittel im Ausmaß von

**€30.000,00 (iW dreißigtausend)**

bei der VSt. 5/269000/777000 im Rechnungsjahr 2014 freigegeben.

Die Raten für das Jahr 2015, 2016 und 2017 sind jeweils im Budgetvoranschlag des betreffenden Jahres vorzusehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 30.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe keine Gegenstimme und keine Stimmenthaltung. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

### **3) Sport-4/14                      Sportehrenzeichenverleihung 2014.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch ein erfreulicher. Wieder beim Sportehrenzeichenverleihung. Wir haben zum Glück, wir haben das große Glück viele Sportlerinnen und Sportler zu haben die tolle Leistungen vollbringen. Wir haben aber auch das Glück viele Funktionärinnen und Funktionäre zu haben die sich ehrenamtlich in den Dienst des Sport stellen über viele Jahre, über viele Jahrzehnte. Wir haben genaue Regeln wie wir dann im Endeffekt unsere Wertschätzung als Stadt auch mit Ehrenzeichen zum Ausdruck bringen können. Wie im Amtsbericht angeführt haben wir jetzt Sportehrenzeichen für Sportler in Bronze zur Verleihung vorgeschlagen – für die J.H., für die R.D., für den J.St. und den Th.Sp. Sportehrenzeichen für Sportler in Silber sollen erhalten die M.Sch., die D.St., J.W., Th.M., R.L. – L. Entschuldigung – F.D., K.L. und S.St. Und das Sportehrenzeichen für Sportler in Gold soll erhalten die J.H. Und die von mir angesprochenen Funktionäre das soll das Sportehrenzeichen für Funktionäre in Gold erhalten der Herr F.D., der Herr F.St., W.H., P.H. und der R.B. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 21. Oktober 2014 wird folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Sportsektor Außerordentliches geleistet oder sich Verdienste erworben haben, als Anerkennung das „**Sportehrenzeichen der Stadt Steyr**“ verliehen.

#### **SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN BRONZE:**

Gemäß § 65 (2) 3. der Ehrenzeichenrichtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an **Sportler in bronzener Ausführung** für die **Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, für die **dreimalige Erringung eines Landesmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, als auch für die **fünfmalige Erringung eines Stadtmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb sowie für **Silber oder Bronze bei einer Jugend-, Junioren- oder U23 Welt- bzw. Europameisterschaft** oder **olympischen Jugendspielen** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen.

#### **1. J.H., Jg. 1991 – Polizei-Sport-Vereinigung Steyr**

Jugend-Weltmeisterschaft 2010 in Sotschi/Russland mit der Österr. Jugend-Nationalmannschaft Silbermedaille

Silbermedaille im Einzelbewerb/Zählwettbewerb (Strokeplay) Kategorie weiblich Jugend  
5-fache Landesmeisterin im Bahnengolf mit der Damenmannschaft 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014

2. **R.D., Jg. 1962 – Polizei-Sport-Vereinigung Steyr**  
6-fache Landesmeisterin im Bahnengolf mit der Damenmannschaft 2004, 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014
3. **J.ST., Jg. 1992 – ASKÖ Karate Steyr**  
Staatsmeister im Karate Kumite allg. Klasse +84 kg in Lauterach
4. **TH.SP., Jg. 1966 – Schiklub Steyr Raiffeisen**  
6-facher Stadtmeister im alpinen Skilauf 2009 bis 2014

#### **SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN SILBER:**

Gemäß § 65 (2) 2. der Ehrenzeichenrichtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an **Sportler in silberner Ausführung** für die **dreimalige Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb. für die **fünfmalige Erringung eines Landesmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb sowie für einen **Sieg bei der Jugend-, Junioren- oder U23 Welt- bzw. Europa-meisterschaft** oder **olympischen Jugendspielen** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen.

1. **M.SCH., Jg. 1937 – Polizei-Sport-Vereinigung Steyr**  
Staatsmeisterin im Bahnengolf 1975 Damen Einzel  
Landesmeisterin im Bahnengolf 1975 Damen-Einzel  
9-fache Landesmeisterin im Bahnengolf mit der Damenmannschaft 1975, 1980, 1985, 2004, 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014
2. **D.ST., Jg. 1966 – ASKÖ Steyr Sportkegeln**  
Staatsmeisterin im Kegeln Tandem Mixed Bewerb 2007  
5-fache Landesmeisterin im Kegeln Einzel Classic 2003, 2005, 2007, 2008 und 2009  
3-fache Landesmeisterin im Kegeln mit der Damenmannschaft 2003, 2005 und 2008  
2-fache Landesmeisterin im Kegeln Paarbewerb 2006 und 2007
3. **J.W., Jg. 1997 – ASKÖ Schibob-Club Steyr**  
**WM Spital am Semmering 2014 - Jugend weiblich - 1. Platz SL**  
**WM Bad Hofgastein 2013 - Jugend weiblich - 1. Platz SL, 2. Platz Super G und 3. Platz Kombination**
4. **TH.M., Jg. 1992 – Schiklub Steyr Raiffeisen**  
Junioren-Weltmeister im Super G in Quebec 2013  
Junioren-Vizeweltmeister in der Abfahrt in Quebec 2013
5. **R.L., Jg. 1959 – Polizei-Sport-Vereinigung Steyr**  
10-facher Landesmeister im Bahnengolf mit der Herrenmannschaft 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2005, 2007, 2009, 2011 und 2013
6. **F.D., Jg. 1961 – Polizei-Sport-Vereinigung Steyr**  
2-facher Landesmeister im Bahnengolf Herren-Einzel 2001 und 2006,  
13-facher Landesmeister im Bahnengolf mit der Herrenmannschaft 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2005, 2007, 2009, 2010, 2011, 2013 und 2014
7. **K.L., Jg. 1945 – Polizei-Sport-Vereinigung Steyr**  
11-facher Landesmeister im Bahnengolf mit der Herrenmannschaft 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2005, 2007, 2009, 2010 und 2014

#### **8. S.ST., Jg. 1997 – ASKÖ Schwimmclub Steyr**

2-facher Landesmeister 2013 im Schwimmen 200 m Lagen Kurz- und Langbahn  
2-facher Staatsmeister 2014 im Schwimmen 400 und 200 m Lagen  
6-facher Landesmeister 2014 im Schwimmen 400 m Lagen Halle und Freiluft,  
200 m und 50 m Schmetterling Halle, 200 m Rücken Freiluft und 50 m Freistil Freiluft  
Jugendolympiade 2014 im Schwimmen in China über 400 m Lagen – 8. Platz  
Jugendeuropameisterschaft 2014 im Schwimmen in Dordrecht/NL 400m Lagen 4. Platz

#### **SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN GOLD:**

Gemäß § 65 (2) 1. der Ehrenzeichenrichtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an **Sportler in goldener Ausführung** für die erfolgreiche **Teilnahme an herausragenden sportlichen Ereignissen** für einen anerkannten österreichischen Fachverband (Olympische Spiele, Welt- und Europameisterschaften), für die **fünfmalige Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, für außergewöhnliche sportliche Leistungen auf **alpinistischem Gebiet**, für die **Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Mannschaftsbewerb**, sofern dieser nicht auch als Einzelbewerb ausgeschrieben ist und für **aktive Mitglieder einer Mannschaft**, die dieser mindestens 3 Jahre angehören und maßgeblich Anteil daran haben, dass die Mannschaft der **höchsten Spielklasse Österreichs** angehört, verliehen.

#### **1. J.H., Jg. 1994 – Polizei-Sport-Vereinigung Steyr**

**Bahnengolf-Europameisterschaft 2014 in Neutraubling/BRD – 3. Rang und Bronzemedaille** mit der Österreichischen Bahnengolf-Nationalmannschaft  
Im **Einzel-KO-Bewerb** belegte Jennifer den ausgezeichneten **4. Rang**  
5-fache Landesmeisterin im Bahnengolf mit der Damenmannschaft 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014

#### **SPORTEHRENZEICHEN FÜR FUNKTIONÄRE IN GOLD:**

Gemäß § 66 der Ehrenzeichenrichtlinien kommen für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr Frauen und Männer in Frage, die während einer **25jährigen Tätigkeit** ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder -verbänden Außerordentliches für den Sport geleistet, das **50. Lebensjahr erreicht** und in den **letzten zehn Jahren** eine oder mehrere maßgebliche Funktionen im Verein ehrenamtlich ausgeübt haben.

#### **1. F.D., Jg. 1947 – ASKÖ Tischtennisclub Steyr**

1969 bis dato Kassier

#### **2. F.ST., Jg. 1962 – LAC Amateure Steyr**

1988 bis 1989 Beirat  
1989 bis 1997 Kassier-Stellvertreter  
1997 bis 2003 Obmann-Stellvertreter  
2003 bis dato Obmann  
2004 bis dato Kindertrainer  
2013 Auszeichnung zum Super-Coach

#### **3. W.H., Jg. 1940 – Polizei-Sport-Vereinigung Steyr**

1978 bis dato Schiedsrichter des Österr. Bahnengolfverbandes  
1969 bis dato Funktionen als Sektionsleiter, Sportwart und  
aktuell als Sektionsleiter-Stv.

#### **4. P.H., Jg. 1962 – Polizei-Sport-Vereinigung Steyr**

1981 bis dato Schiedsrichter des Österr. Bahnengolfverbandes  
1981 bis 1985 Funktionen als Sportwart u. Sektionsleiter-Stv.  
1985 bis dato Sektionsleiter

#### **5. R.B., Jg. 1945 – Schiklub Steyr Raiffeisen**

1977 bis dato Kampfrichter bei Weltcuprennen in Hinterstoder sowie  
Chefkampfrichter bei OÖLV-Rennen  
1985 bis dato Referatsleiter Kampfrichter

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist wer gegen diesen Antrag? Übt wer Stimmenthaltung? Ist wer dagegen? Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen? Bitte.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR<sup>n</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

#### **4) Fin-110/14                      Nachtragsvoranschlag 2014.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja nächster Punkt, vorerst mein Letzter – Nachtragsvoranschlag 2014. Ein Budget lebt. Es gibt Ausgaben die weniger werden, es gibt Einnahmen die mehr werden oder auch umgekehrt. Das ist so. Wir haben, momentan sind wir auf einem guten Weg. Der Nachtragsvoranschlag ergibt ein besseres Bild als wir im Budget vorgehabt haben. Aber Budgets sind halt auch so Dinge. Es ist eine Vorschau, ein voraussichtliches Ergebnis. Wir sind jetzt im Nachtragsvoranschlag so, dass wir die Einnahmen und Ausgaben im Endeffekt, das erwartete Defizit deutlich verringern konnten und wir erwarten jetzt aus Sicht des Nachtragsvoranschlages „nur“ noch ein Minus von EUR 3,59 Millionen. Sage aber auch dazu das wir guten Mutes sind, weil wir sehr vorsichtig budgetiert haben und weil sich ja immer am Jahresende zeigt, dass das eine oder andere dann noch nicht investiert werden muss, nicht ausgegeben werden muss und die eine oder andere Einnahme viel höher ist als wir, weil wir vorsichtig budgetiert haben, angenommen haben. Nach wie vor sind wir sehr zuversichtlich, dass wir als Rechnungsabschluss für das Rechnungsjahr 2014 vielleicht wirklich in die Nähe von der schwarzen Null kommen. Und das ist etwas – auch wenn es ein bisschen eigenartig klingt – weil man muss nur in die Medien schauen, da, ich will nicht sagen das wir stolz sein können, aber zumindest können wir mit der Budgetentwicklung zufrieden sein. Ich kenne keine Kommune in der Größenordnung der Stadt Steyr, noch Land und Bund und was weiß ich, wo überhaupt eine Null noch in Aussicht ist. Wo im Endeffekt so wie wir es haben, die letzten zwei Jahre auch keine Neuverschuldung aufgenommen wird, sondern Schulden abgebaut werden. Ja und ich glaube die schwarze Null ist das Ziel. Das ist der erste Schritt oder erste schwarz-weiße Auflage einmal das wir Richtung schwarze Null gehen. Ich hoffe, es trifft alles so ein. Die Vorzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung für nächstes Jahr sind ja schon wieder mit Fragezeichen versehen, aber wenn man sich anschaut wie das all die letzten Jahre gelaufen ist, hat man oft das Gefühl es ist Methode, immer wenn es zu den Lohnverhandlungen geht Richtung März und Richtung September, Oktober, November drückt sich das auf einmal die Konjunktur ein. Die Prognosen gehen zurück und dann wird sehr vorsichtig budgetiert. Ich habe das eh versucht letztes Jahr einmal darzustellen. Die österreichischen Wirtschaftsforscher von WIFO bis was weiß ich was alles die letzten zehn Jahre die Prognosen,

wie die wirtschaftliche Entwicklung denn sein wird im nächsten Jahr in Österreich waren alle falsch. Noch keine Einzige hat gestimmt und alle richten sich trotzdem danach. Weil nach irgendetwas muss man sich ja richten. Immerhin sind das Institutionen. Aber eben, sie sagen ja es sind Prognosen. Aber das nur nebenbei. Ich ersuche um Beschlussfassung des Nachtragsvoranschlags.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 12. Dezember 2013, Fin-100/2013, womit der Voranschlag 2014 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlags für das Jahr 2014 wie folgt abgeändert:

**1. Der ordentliche Haushalt**

die Gesamteinnahmen von € 117.918.700,-- auf	<b>€ 120.262.100,--</b>
die Gesamtausgaben von € 124.148.700,-- auf	<b>€ 123.847.700,--</b>
somit einen Abgang in Höhe von	<b>€ 3.585.600,--</b>

**2. Der außerordentliche Haushalt**

die Gesamteinnahmen von € 8.440.900,-- auf	<b>€ 12.893.200,--</b>
die Gesamtausgaben von € 8.440.900,-- auf	<b>€ 12.893.200,--</b>
somit ausgeglichen	<b>€ 0,--</b>

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 12. Dezember 2013 betreffend den Voranschlag für das Jahr 2014 bleiben unverändert.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Zu Wort gemeldet ist der Koll. Mayrhofer, dann direkt der Koll. Zöttl.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Ja meine sehr geehrten Damen und Herren. Nachtragsvoranschlag, das heißt der offizielle Beschluss von Maßnahmen die wir unter dem Jahr schon gemeinsam beschlossen haben, entweder einstimmig oder mit Mehrheitsbeschlüssen. Der Herr Bürgermeister hat richtig ausgeführt das wir glaube ich von Steyr ausgesehen auf einem guten Weg sind. Der von allen Fraktionen getragen wird. Ich glaube jeder hat in seinem Bereich wirklich versucht sehr sparsam zu sein. Nicht immer zur vollsten Zufriedenheit natürlich auch der Betroffenen, weil einsparen heißt auch weniger Geld ausgeben. Das ist vollkommen klar. Aber ich glaube, dass das ganz gut aussieht. Die Verringerung, der Herr Bürgermeister hat es ja vorsichtig schon anklingen lassen, wir budgetieren wirklich sehr vorsichtig und jedes Jahr haben wir ungefähr ein verbessertes Ergebnis in dieser Größenordnung. Das heißt, wir werden auch diesem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung geben. Er ist rechnerisch richtig und ich möchte noch einmal mich anschließen auch an die Worte von Herrn Eichhübl, auch ich lege Wert darauf, dass wir im Stadtsenat nur die Weiterleitung vor allem in Bezug auf das Budget sogar explizit zugestimmt haben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Koll. Zöttl bitte.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat. Der Nachtragsvoranschlag zeigt auf den ersten Blick wie schon erwähnt eine positive Entwicklung. Beim Abgang im ordentlichen Haushalt wurden nicht die ursprünglich angenommenen EUR 6,2 Millionen, sondern die EUR 3,59 Millionen erreicht. Hier ist für uns der Sparwille durchaus erkennbar und für uns auch unter anderem das Ergebnis der mehrjährigen intensiven Sparbemühungen. Man muss aber

auch dazu sagen, dass zugutegekommen ist, dass auch die Einnahmen dank Landes- und Bundesanteile ein Plus von EUR 2,34 Millionen ergeben haben und dass sich dadurch das Bild etwas besser darstellt. Im außerordentlichen Haushalt sieht die Situation unserer Meinung nach nicht so positiv aus, weil wir trotzdem noch eine Darlehensaufnahme von EUR 8,7 Millionen getätigt werden müssen. Betrachtet man dabei den gesamten Schuldenstand, so ist festzuhalten, dass die Rücklagen auf EUR 10,35 Millionen gesunken sind und sich der Schuldenstand der Stadt um fast EUR 1,5 Millionen auf EUR 63,9 Millionen erhöht hat. Werden auch die Schulden in den ausgelagerten Betrieben mit eingerechnet so haben wir immer noch einen Gesamtschuldenstand von EUR 90 Millionen. Alles in allem trotzdem kein Grund zur besonderen Freude, aber ich glaube das Ziel der schwarzen Null sollte wirklich vor Augen gehalten werden und dementsprechend müssen wir auch in Zukunft agieren. Danke!

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet der Koll. Hauser. Willi bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja meine sehr geschätzten Damen und Herren, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates. Also was gesagt wurde ist durchaus richtig, nur auf der anderen Seite darf man halt letztlich nicht vergessen was einerseits der Herr Bürgermeister gesagt hat, dass das eine Materie ist die lebt und das es halt verschiedenste Veränderungen im Jahr passieren. Auf der anderen Seite denke ich mir, dass wir trotz Sparens sozusagen auch Investitionen gemacht haben. Und gerade wenn wir hören das also die Wirtschaft ja durchaus auch da und dort ein bisschen schwächelt wenn man das so sagen darf und auf der anderen Seite es auch immer wieder darum geht, dass wir natürlich viele Initiativen unterstützen um sozusagen Arbeitslose zu verhindern, dann ist es auch wichtig, dass man dafür Geld ausgibt. Und Geld ausgeben bedeutet unter anderem das was du zuerst erwähnt hast Roman Eichhübl, ja auch, dass wir Subventionen vergeben. Weil dann bauen die, dann tun die was und dann gibt es wieder Arbeit. Und das gehört letztlich auch alles dazu. Und ich bin immer ein bisschen skeptisch wenn man immer nur das Wort „sparen“ hört und alles andere dabei vergisst, nur damit sozusagen das Zahlenwerk stimmt. Und daher bin ich eher ein großer Anhänger das man zwar dort spart wo es Sinn macht und notwendig ist, aber auf der anderen Seite auch nicht vergisst das man Investitionen zu tätigen hat und das wir letztlich auch dafür Sorge zu tragen haben, dass es vernünftige Investitionspolitik gibt. Die Wirtschaft letztlich auch belebt werden muss. Das ein Leben wie es bisher bei uns in der Stadt möglich war auch in der Zukunft ist.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke! Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Referent? Für den Referenten ist alles gesagt was zu sagen ist. Kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Nachtragsvoranschlags ist den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke! Ich brauche keine Gegenprobe machen, der Antrag ist einstimmig angenommen und ich darf den Vorsitz wieder an unseren Herrn Bürgermeister zurück übergeben.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja ich übernehme den Vorsitz und darf den Herrn Vbgm. Hauser um seinen Tagesordnungspunkt ersuchen.

### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

**5) SBS-60/14**

**Stadtbus; Erhöhung der Haustarife per 1.1.2015.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Hoher Gemeinderat! Ich habe einen Antrag und es geht an und für sich beim Stadtbus um die Erhöhungen der Haustarife ab 1.1.2015. Zur Erklärung dazu: bei den anderen Tarifen unterliegen wir also mehr oder weniger der Beschlussfassung auch des Oö. Verkehrsverbundes, weil wir ja Mitglied sind des Oö. Verkehrsverbundes und daher gleichen wir diese Tarife auch immer dort an. Die orientieren sich dort nicht nur aufgrund eines Beschlusses des Oö. Verkehrsverbundes, sondern der diskutiert natürlich aufgrund des vom Bundindex und der war 2,72 % und an das wurde es letztlich angepasst. Bei den Haustarifen haben wir verzichtet auf irgendwelche Erhöhungen bei den Tarifsituationen, haben aber bei drei Positionen eine Erhöhung durchgeführt und zwar bei der, bei dem erhöhten Fahrgeld. Bei der Sofortbezahlung, das heißt auf Deutsch gesagt, wenn wir einen Schwarzfahrer erwischen und der zahlt sofort dann gibt es ein erhöhtes Geld gegenüber vorher, dann erhöhtes Fahrgeld bei nachträglicher Bezahlung und dann noch bei der Reinigungsgebühr für den Missbrauch der Einrichtungen. Also wenn man zB halt die Füße auf die Bank legt oder irgendwie sonst eine Verschmutzung durchführt oder das tut was man mit Reinigung noch zu Stande bringen kann. Alles andere muss ja sowieso über Versicherungsleistungen bzw. Zahlungen erfolgen. Und diese Tarife bei diesen drei Positionen haben wir so gewählt, dass sie auch an den Verbund angepasst sind dahingehend, weil ja ab 2016 das auch in die Tarifordnung aufnehmen möchte und es dann auch keine Haustarife mehr sind. Ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr vom 16.9.2014 wird der Erhöhung der Haustarife per 1.1.2015 zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich! Als Erste zu Wort gemeldet die Frau GR<sup>in</sup> Michaela Frech. Bitte!

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste! Ja es ist vielleicht ein bisschen irreführend das bei diesem Antrag steht „Erhöhung der Haustarife per 1.1.2015“, weil der Koll. Hauser hat schon erwähnt, wir erhöhen unsere Haustarife gar nicht. Das sind eben die Tarife für Teilstrecken, Einzelfahrten etc., wir erhöhen nur die Strafen. Das ist auch der Grund warum wir diesem Antrag die Zustimmung geben, weil damit sind wir durchaus konform. Trotzdem sind wir nicht ganz glücklich über die Entwicklung im Zusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr in Steyr. Ich möchte drei Punkte diesbezüglich ansprechen. Der eine Punkt ist das Verhältnis zwischen dem gebotenen Angebot und dem Preis. Wir haben inzwischen eine Situation die wir zwar nicht selbst beeinflussen können, weil festgelegt wird über den Verkehrsverbund – über das stimmen wir heute auch nicht ab – aber wir werden ab 1.1.2015 den Tarif haben von EUR 417,- für eine Jahreskarte in Steyr. Vergleichbar Linz: Linz hat EUR 397,-. Aber die EUR 397,- müssen auch nicht bezahlt werden, weil es sind tatsächlich nur EUR 285,-, weil die Stadt Linz bzw. Energie AG dazu zahlt. In Wels gibt es ebenfalls einen eigenen gestützten Tarif – ein Umweltticket für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wels – mit EUR 250,-. Wir haben zwar im Aufsichtsrat

das schon mehrmals auch zur Sprache gebracht. Uns ist natürlich klar, dass eine Stadt wie Linz die sich anders finanziert, die auch die Energie AG im Rücken hat hier anders agieren kann. Faktum ist aber, auch wenn man die Stützungen weg nimmt, haben wir in Steyr einfach einen relativen Tarif – EUR 417,- für eine Jahreskarte sind schon sehr viel für jene die darauf angewiesen sind und um die geht's ja in erster Linie. Genauso die Monatskarte um EUR 43,70. Zugleich habe ich aber ein Angebot das in keinster Weise vergleichbar ist mit beispielsweise Linz. Wenn sie sich die Fahrpläne anschauen, so sind wir inzwischen in der Situation das manche die gerade Berufstätig sind und flexiblere Arbeitszeiten vorfinden – da mag einem gefallen oder auch nicht, Faktum ist, Arbeitszeiten werden flexibler – das man einfach gar nicht mehr in die Arbeit fahren kann mit dem Bus. Das man wieder ausweichen muss auf das Auto. Ich habe selbst einige Bekannte die früher mit dem Bus zur Arbeit gefahren sind, jetzt darauf angewiesen sind das sie zumindest hingebacht werden beispielsweise vom Partner. Das kann nicht das sein was wünschenswert ist. Und Arbeit erzieht sich nicht mehr, erstreckt sich nicht mehr nur von montags bis freitags, sondern auch Samstag und Sonntag und jeder von ihnen der die Fahrpläne kennt weiß, Samstag und Sonntag ist schnell einmal Schluss. Ich sage ihnen nur ein Beispiel, es ist ohnedies unsere beste Linie. Die Linie 1 – Münchenholz. Wenn sie von, mit der Linie 1 vom Bahnhof weg fahren wollen, dann ist um 21:30 Uhr Schluss von Montag bis Freitag. Nach 21:30 Uhr spielt sich nichts mehr ab. Und am Samstag ist Schluss um 19:30 Uhr. Und Sonn- und Feiertag ist auch Schluss um 19:30 Uhr. Das ist für jemanden der berufstätig ist mitunter ein Problem. Und wenn ich an das Thema „Besuch kultureller Veranstaltungen“ denke, die scheiden dann überhaupt aus. Da kann ich dann zu Fuß nach Hause gehen.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL (zu den stehenden Gästen):**  
Bitte nehmen sie Platz!

**GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:**

Ich appelliere erneut daran sich das Angebot zu überdenken, vor allem im Verhältnis zu dem Preis den wir letztlich verlangen. Auch wenn wir diesen Tarif nicht beeinflussen können und vor allem verstärkt Alternativen sich zu überlegen. Ich weiß, das ist so ein Reizwort, wahrscheinlich auch für den Koll. Hauser, aber ich nehme es trotzdem wieder einmal in den Mund. Ob das jetzt ein Anrufsammeltaxi ist oder etwas anderes in Richtung bedarfsorientierter verkehr wäre es schon zielführend darüber nachzudenken, wie kann ich eine bestmögliche Versorgung anbieten im öffentlichen Verkehr im Zusammenhang mit auch den Tarifen die wir letztlich verlangen. Ja das ist die eine Sache, das Verhältnis Angebot und dafür verlangter Preis das nicht ganz stimmig ist. Ich sage ihnen noch ein Beispiel. In Linz kann ich mit einer Tageskarte 24 Stunden fahren. Nicht nur an einem Tag, sondern ich kann wirklich 24 Stunden fahren um EUR 4,-. In Steyr zahle ich EUR 3.90,-, bin aber an den Kalendertag gebunden. Ja der zweite Punkt ist die Linienführung. Wir haben jetzt auch im Aufsichtsrat die Diskussion gehabt im Zusammenhang mit den neu angeschafften Midibussen, über die wir alle nicht glücklich waren, weil wir auch sehr viel Rückmeldungen bekommen haben von den Fahrgästen. Das sie gerade für ältere Personen oder Personen, die vielleicht ein bisschen mobilitätsbeeinträchtigt sind, nicht so gut benützbar sind. Es sind hohe Stufen. Es hat überhaupt sehr viele Probleme mit diesen Bussen gegeben, das ist auch alles bestätigt worden, und dann heißt es eben, ja es gibt keine anderen Busse, es gibt werden so wenig Midibusse gebaut. Unser Apell war erstens was wir auch im Aufsichtsrat gesagt haben, sich noch mehr umzuschauen was es auf dem Markt gibt und wenn es wirklich diese Busse nicht gibt in der Qualität die wir uns wünschen, das man sich vielleicht auch überlegt eine Optimierung der Linienführung. Einfach auch Linienführungen wieder einmal anzudenken. Wir haben jetzt eine Zeitlang diese Linienführungen durchgezogen, wäre sinnvoll hier vielleicht einmal wieder nachzudenken wie man das optimieren kann. Und der dritte Punkt ist, es gibt einen gewissen Tarifdschungel inzwischen bei diesen Haustarifen generell, einfach weil wir viele, viele verschiedene Tarife anbieten. Da wäre es vielleicht auch ganz günstig in Richtung Transparenz für jene die mit dem Bus fahren zu schauen, ob man diesen Tarifdschungel

vielleicht ein bisschen entwirren kann und wir haben ja etwas – das ist diese Bestpreiskarte – wodurch im Prinzip viele dieser Tarife einfach obsolet wären, wenn man diese Bestpreiskarte also richtig nutzt. Faktum ist aber und das wäre ein Appell und ein Wunsch auch, dass diese Bestpreiskarte viel stärker beworben wird als bisher. Also ich sage diese drei Punkte wären uns wichtig. Wir stimmen da natürlich mit, da ist es nur um die Strafen gegangen, aber wir wünschen uns eine Attraktivierung im öffentlichen Verkehr und ein Preis-Leistungsverhältnis das passt und ein Ausschöpfen aller Möglichkeiten die wir haben in Richtung Optimierung, damit die Kundenzufriedenheit steigt. Dankeschön!

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet der Mag. Glaser. Bitte.

**GEMEINDERAT MAG. WOLFGANG GLASER:**

Ich möchte auch einiges sagen zur Tarifgestaltung des Oö. Verkehrsverbundes. Während die Nutzungsmöglichkeiten bei den Steyrer Stadtbussen ja in den letzten Jahren immer weniger geworden sind, werden die Fahrkarten nach den Vorgaben des Oö. Verkehrsverbundes immer teurer. Und eine Erhöhung der Preise für die Fahrkarten der Stadtbusse bewirkt eins mit Sicherheit nicht, nämlich eine höhere Auslastung der Busse. Vor allem die Erhöhung der Monatskarten um EUR 1,20 und die Erhöhung der Jahreskarten um EUR 11,-- ist bestimmt kein Anreiz der die Nutzung der Stadtbusse in Steyr attraktiver macht. Meine Kollegin die Frau Frech hat zuerst es schon angesprochen. Die Linz AG bietet in Steyr wesentlich günstigere Tarife im öffentlichen Verkehr an.

**DIVERSE ZWISCHENRUF:**

In Linz.

**GEMEINDERAT MAG. WOLFGANG GLAER:**

In Linz. Entschuldigung. In Linz an. Das es anders geht mit der Tarifgestaltung zweigen aber auch viele andere Städte in der gleichen Größenordnung wie Steyr auf, wenn man es bundesweit vergleicht. In Dornbirn, einer Stadt mit 46.883 Einwohnern kostet derzeit beispielsweise eine Tageskarte im Normaltarif EUR 2,6. Eine Monatskarte nur EUR 20,-- und eine Jahreskarte nur EUR 160,--. Und der Vorarlberger Verkehrsverbund bietet eine Jahreskarte für die öffentlichen Verkehrsmittel in ganz Vorarlberg um nur EUR 365,-- an. Also kann man sich auf jeden Fall ein Beispiel nehmen, wie andere Bundesländer das gestalten. Darüber hinaus möchte ich in Erinnerung rufen, dass die Steyrer Behindertenorganisationen und auch unsere Fraktion weiterhin eine Ermäßigung der Monats- und Jahreskarten für Menschen mit Behinderung fordert. Diese Forderung ist auch im neuen Sozialbild der Stadt Steyr verankert worden und für Menschen ohne Behinderung um das darzustellen, rentiert sich der Kauf einer Monatskarte, wenn er den Bus an mehr als 11 Tagen im Monat nutzt. Für Menschen mit Behinderung, die auf die Tageskarte 50 % Ermäßigung erhalten, zahlt sich der Kauf einer Monatskarte nur dann aus, wenn man an mind. 22 Tagen den Bus verkehrt. Wenn ein Monat ohnehin schon fast vorbei ist. Und dem glaube ich müsste auch Rechnung getragen werden und das berücksichtigt werden. Ja eine Ermäßigung der Monats- und Jahreskarten für Menschen mit Behinderung würden nach meiner Einschätzung die Stadt mit Sicherheit auch finanziell nicht erheblich belasten. Und wenn sich die Stadt eine Ermäßigung der Monatskarten für Senioren leisten kann, warum soll sich die Stadt auch nicht eine Ermäßigung für Menschen mit Behinderung leisten können. Zum Abschluss noch: Menschen mit geringem Einkommen erhalten derzeit überhaupt noch keine Ermäßigung für die Fahrkarten der Stadtbusse. Und als Stadt die sich als soziale Musterstadt betrachtet müsste dem eigentlich auch Rechnung tragen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet der Herr GR Mag. Kaufmann. Bitte Reinhard.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren Gäste! Das ist ja heute doch ein sehr zahlreiches Erscheinen, weil uns grundsätzlich freut's das wir interessant sind, aber was natürlich von den Platzverhältnissen her ein bisschen ein Problem ist das ist schade.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dafür haben wir den schönsten Gemeinderatssitzungssaal.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Können wir kurzfristig nicht ändern. Ja einige Anmerkungen im Zusammenhang mit unseren Bustarifen vom Bürgerforum wenn ich so sagen darf, in dem Zusammenhang wurde ja schon einiges vorweggenommen was ich weitgehend unterstützen würde. Allerdings bleibt noch das Eine oder Andere übrig. Die Verkehrsverbundtarife würde ich insofern nicht als Gott gegeben akzeptieren als natürlich auch wir als Stadt oder unsere Verkehrsbetriebe dort Einfluss haben und zwar vorher. Ich meine, wenn die Tarife festgesetzt sind ist es natürlich so. Man kann aber vorher sich einbringen, welche strategischen Überlegungen im öffentlichen Verkehr sinnvoll wären und was das auch für die Tarife bedeuten sollte. Und da muss man schon auch viel mehr auf Zusammenhänge in der Mobilität hinweisen und Rücksicht nehmen. Die Verkehrsmittel stehen ja nicht so einfach völlig unverbunden nebeneinander, sondern wenn man auch den Auto, die Zunahme des Autoverkehrs als Gott gegeben hin nimmt, dann hängt das natürlich auch damit zusammen, dass nicht so richtig offensiv im öffentlichen Verkehr mit guter Verbesserung des Angebots gestartet werden. Und hier müsste wirklich dringend viel mehr auf die Zusammenhänge gesehen werden um da weiter zu kommen. Etwa in der Richtung, die wir vor vielen Jahren hier einstimmig auch als Verkehrsplan beschlossen haben und wo ja etwas Verlagerungen vom individuellen Autoverkehr zu den öffentlichen Verkehrsmitteln als gemeinsames Ziel festgelegt wurden. Ja zu den wo anders billigeren Jahreskarten, da wurde schon darauf hingewiesen im Zusammenhang mit dem Angebot auch das zu sehen. Halte ich auch für sehr richtig. Was zusätzlich noch sehr sinnvoll wäre und der Hinweis vom Koll. Glaser auf Vorarlberg ist hier durchaus interessant. Wir haben ja jede Menge unterschiedliche Anbieter in OÖ und es ist für jemanden der wirklich konsequent öffentliche Verkehrsmittel benutzen will manchmal doch sehr schwierig wenn er mehrere Anbieter braucht, hier jeweils die richtige, das richtige Ticket zum richtigen Zeitpunkt zu haben, zu finden, wo gibt es das, zu welchen Tarifen. Das Ziel sollte also sein ein oberösterreichisches Jahresticket, mit dem man alle öffentlichen Verkehrsmittel in OÖ benutzen kann. Wenn die Vorarlberger das im Wesentlichen hin bekommen, dann sollte das bei uns doch auch möglich sein. Ja und eines wollte ich noch erwähnen bei der Gelegenheit. Es freut uns, dass die Linie 11 zumindest für nächstes Jahr erhalten wurde. Wir waren ja immer der Meinung, dass das möglich sein sollte. Das war im Sommer noch nicht so klar einhellige Meinung. Inzwischen ist es offensichtlich so und ja das freut uns und ich möchte mich durchaus auch bei denen die dazu beitragen haben hier bedanken und sehe das auch im Zusammenhang mit diesem Beschluss heute, den wir in diesem Sinn auch unterstützen können. Danke!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet Herr GR Eichhübl. Bitte Roman.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Gäste! Naja ich habe ja mich sehr stark zurück erinnert an die Zeit als ich noch zuständig war für die Verkehrsbetriebe und das war zwischen 91 und 2003 und genau in diesem Zeitraum haben wir über dieselben Diskussionsbeiträge uns unterhalten in Bezug auf Tarife nämlich. Es war immer wieder das Thema, Tarife im öffentlichen Verkehrsbereich der Stadt Steyr. Von Seiten der Frau Koll. Frech kann ich mich erinnern, die sich ja sehr intensiv immer damit beschäftigt hat und man muss aber doch auch dazu sagen, dass nicht alleine die Tarife entscheidend sind sondern es ist auch die Leistung gegenüber zu stellen. Und es gibt ja Untersuchungen im öffentlichen Verkehr das nicht alleine die Tarife entscheidend sind wie viele Benutzer es geben wird oder gibt im öffentlichen Verkehrsbereich, sondern es ist entscheidend wie schnell kommt man von Punkt A nach B wo man eben hin möchte und wie ist die Verfügbarkeit eines öffentlichen Verkehrsmittel generell. Und das ist die entscheidende Frage. Und es ist alles recht und schön, wenn man jetzt da Vergleiche bringt mit Vorarlberg Herr Koll. Glaser, aber ich kann ihnen sagen, dass mit Bestimmtheit das Angebot dort nicht dem Ausmaß entspricht wie das der Stadt Steyr. Und da kann man weitere Vergleiche bringen, brauchen wir gar nicht nach Vorarlberg gehen. Können wir durchaus nach Wels schauen, da wissen wir, das wir bei weitem nicht das Angebot haben und vor allen Dingen aber auch berücksichtigen muss, dass eben wegen diesem guten Angebot in unserer Stadt Steyr – und da möchte ich dem Koll. Hauser gar nichts vorweg nehmen, aber ich glaube es ist mir einfach ein Bedürfnis das zu sagen – trotz dieser Tarife die sie jetzt als zu hoch bezeichnet haben wir einen gewaltigen Zuschuss ... Wie hoch ist zur Zeit der Zuschussbedarf nach der letzten Quartalsrechnung? Herr Koll. Hauser wird es mir sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

1,7 Millionen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wieviel?

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

1,7 Millionen im Jahr.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Richtig, ja. Richtig. 1,7 Millionen und das berappt die Stadt Steyr, sprich der Steuerzahler. Das muss man auch berücksichtigen. Und das ist ja ein sehr wesentlicher Punkt, wobei ich nicht dem etwas entgegen halten möchte Herr Koll. Glaser was sie hier als Forderung eingebracht haben, das man daran denkt die Behindertenfahrgäste in Bezug auf die Bezahlung des Tarifes doch besser zu stellen, nichts dagegen einzuwenden. Wird sich durchaus nehme ich an machen lassen in einem gewissen Ausmaß, aber im Grundsätzlichen glaube ich sollte man nicht immer alles alleine auf dem Tarif aufhängen, der meiner Meinung nach auch durchaus gerechtfertigt ist in Bezug auf das was ich vorhin gesagt habe. Es wäre natürlich möglich jetzt noch sehr viele andere Dinge mit in dieses öffentliche Verkehrsgeschehen mit ein zu bringen, aber ich gehe davon aus, dass das der zuständige Referent ja noch machen wird.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich! Wer möchte noch das Wort?

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Darf ich noch etwas ergänzen?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Bitte, freilich.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja ich habe auch einen Punkt vergessen zu den Strafen. Da sind wir auch nicht glücklich darüber. Einerseits im Vergleich also etwa wenn jemand sofort zahlt – einen 60er – arme Leute, die vielleicht eher die sind die nicht bezahlen, die haben dann auch den 60er nicht dabei üblicherweise. Das ist von daher vielleicht doch eine hohe Summe, aber auch wenn man etwas vergleicht mit den Preisen wenn man vergisst beim Parkplatz zu zahlen. Da kommt man mit EUR 25,- davon. Das ist für jemanden der sich ein Auto leisten kann vielleicht nicht der Betrag. Für jemanden der auf den Bus angewiesen ist 60,- oder gar 75,- zahlen zu müssen. Also damit sind wir auch nicht glücklich, dass das erhöht wird. Bei dieser Beschmutzungsgeschichte da sehe ich das tatsächlich ein. Das kann man ja durchaus vermeiden, dass man da unangenehm auffällt und Arbeit macht den Verkehrsbetrieben. Also dort ist es okay. Bei den, beim erhöhten Fahrgeld glaube ich wie das heißt, würden wir lieber bei der bleiben wir es bisher war. Danke!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke! Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Herr Referent? Doch! Noch einmal Michaela – die Zweite. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Ja zum Thema, weil das Beispiel Dornbirn gefallen ist, ich kenne das aus eigener Erfahrung. Es ist der öffentliche Verkehr in Vorarlberg wirklich absolut in Richtung Perfektionierung – verbessern kann man immer etwas – aber das Angebot in Vorarlberg ist wirklich extrem gut. Und der Koll. Eichhübl hat mir eh Recht gegeben. Das eine sind die Tarife, nur die müssen auch passen zum Angebot. Ich kann viel mehr verlangen, wenn ich ein passendes Angebot habe. Wenn aber das Angebot zurück geschraubt wird und die Tarife steigen, dann entsteht eine Lücke, eine Schere die immer größer wird und die auch nicht dazu angetan ist, das die, das mehr Bürgerinnen und Bürger den öffentlichen Verkehr nutzen. Und ich vertrete schon aus betriebswirtschaftlicher Sicht auch die These „Angebot schafft Nachfrage“. Und wenn ich natürlich das Angebot zurück schraube, werde ich die Nachfrage nicht erhöhen. Dann ist der Zuschussbedarf, und da bin ich bei ihnen Koll. Eichhübl, immer höher. Das wünschen wir uns nicht, aber wenn ich ein gutes, attraktives Verkehrsnetz habe, dann ist es auch ein Anreiz für die Bürgerinnen und Bürger mal auf das Auto zu verzichten bzw. jene haben nicht so viele Probleme die auf den Bus angewiesen. Und das ist uns ein wichtiger Punkt. Der Koll. Kaufmann hat es angesprochen. Es ist nicht Gott gewollt und Gott gegeben was der Verkehrsverbund beschließt, weil wir sind dort auch eine Stimme, allerdings ich habe mir das letzte Protokoll angesehen dieser Arbeitsausschusssitzung, wir sind halt nur eine Stimme unter Vielen. Da waren 13 Verkehrsunternehmen in ganz, aus ganz OÖ anwesend. Wir haben nur eine Stimme. Und ich habe auch so ein bisschen den Eindruck gehabt in diesem Protokoll, da sind natürlich ganz andere Interessen im Spiel logischerweise als die Interessen und Bedürfnisse jener die den öffentlichen Verkehr nutzen. Und vielleicht wäre das auch ganz wichtig wieder ein bisschen in der Denkweise umzusteigen, wie es auch Unternehmen machen müssen, die Dinge zu sehen aus der Sicht des Kunden und nicht immer nur aus der eigenen Sicht.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke! Wünscht noch jemand zu diesem Thema das Wort? Hast du ein bisschen mehr Zeit. Das ist nicht der Fall. Bitte Herr Vizebürgermeister.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Geschätzte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich bin derjenige der immer dann sozusagen am Prüfstein steht und verantworten muss, wenn wir sagen wir 1,7 Millionen Minus. Und das sind letztlich in Wirklichkeit die Realitäten, weil erinnert euch zurück. Viele die jetzt dagestanden sind und gesagt haben was nicht alles noch besser und schöner sein soll, waren die die gesagt haben wir müssen uns zusammensetzen und darüber diskutieren wo wir einsparen und was wir sparen. Und man darf nicht vergessen, wir waren schon bei 2,1 Millionen Minus. Und dass wir sozusagen Kosten nicht einsparen können, indem wir den öffentlichen Verkehr ausbauen, das glaube ich versteht jeder. Und daher war es notwendig gewisse Maßnahmen zurück zu schrauben. Endzeiten – wir haben sie also zurück geschraubt dort wo wir gesagt haben, da tut es am Wenigsten weh. Das wir also nicht zB bis halb Zwölf in der Nacht nach Münchenholz fährt und dergleichen mehr. Weil der Bus fährt halt nicht alleine, da brauchen wir einen Lenker dazu und natürlich brauchen wir einen Bus auch wo man einsteigt und so weiter und so fort. Und da gibt es Kilometerleistungen und das kostet Geld. Und alle sind wir beieinander gesessen und haben darüber diskutiert und haben gesagt, okay das ist vernünftig, das ist aushaltbar, da könnten wir einmal ein bisschen schrauben und wir sind sehr vorsichtig vorgegangen und haben es mit diesen sage ich jetzt einmal fast minimalistischen Maßnahmen die wir gesetzt haben trotzdem dazu gebracht das wir EUR 400.000,- eingespart haben. Und da sind wir alle gestanden und haben uns brav auf die Schulter geklopft und haben gesagt, wir haben etwas Gescheites zusammen gebracht. Und jetzt ist es so das wir sagen, naja das nicht, das nicht und jetzt möchten wir es gerne wieder offensichtlich auch in eine andere Richtung drehen. Und da möchte ich schon dazu sagen, wir sind eine Bezirksstadt mit 38.500 Einwohnern zirka, knappe 39.000. Haben auf den Hauptlinien einen Viertelstunden-Takt. Haben auf vielen Nebenlinien einen Halbstunden-Takt und bei einen paar ganz Wenigen einen Stunden-Takt. Und ich möchte darauf aufmerksam machen, jedes Mal wenn der Rechnungshofbericht diskutiert wird, wird ins Stammbuch hinein geschrieben was wir eigentlich alles einstellen sollten, weil es sich nicht rentiert und alle sagen, warum ist der Rechnungshofbericht so schlecht. Und wir diskutieren dann darüber und sagen nein, aber eigentlich ist es wichtig das sozusagen gerade exponierte Stellen und da komme ich jetzt zB auf das Garsten, ja, doch angebunden sind. Und da muss man aber schon auch dazu sagen, Garsten ist entstanden aus einem Regionalverkehrskonzept, wo vorher auch Fördergelder gegeben wurden. Jetzt gibt es nichts mehr, weil am Anfang ist ja eh überall die Förderung da und dann sagt ein jeder tut ihr mit dabei und so weiter und so fort. Und da muss man schon auch eines dazu sagen und auch die Diskussion um die Linie 11 zu verstehen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Die kostet EUR 1.000,- pro Tag wo die fährt. EUR 1.000,- pro Tag! Das sind nur die Kosten dieser Linie. Und dann haben wir einen berechneten Auslastungsgrad von 16 % die da mitfahren. 16 % ist der Auslastungsgrad dieser Linie. Und mir schreibt aber der Rechnungshof ins Stammbuch hinein 65 % brauche ich das ich eine Linie führen darf. Und das sind die Realitäten. Und auf die muss man auch aufmerksam machen und wir sind eh bereit das Eine oder Andere da zu tun, weil sonst gebe es zB kein Schlüsselhoflinie mehr. Keine 3a-Linie, die durch die Neuschönau fährt und all diese Dinge, weil die wären alle in Wirklichkeit einzustellen, weil sie nicht rentabel sind. Und da sind wir eh dafür, dass das alles bleiben soll und so ist wie es ist und dann haben wir, weil die Frau Koll. Frech das gesagt hat, unter anderem ja wegen der Midibusse gesprochen. Völlig klar. Wir sind mit dieser Ausbeute der neuen Midibusse die wir angekauft haben überhaupt nicht zufrieden. Und es scheint auch so das zwar ein paar ganz geringe, aber doch nicht essentielle Verbesserungsmaßnahmen noch möglich sind. Wir sind noch immer in der Phase wo wir Gewährleistungen haben, wo wir die Firma MAN permanent Piesacken. Aber viele Dinge lassen sich auch aus Konstruktionsituationen heraus nicht mehr oder nicht anders lösen. Aber eines muss man schon dazu

sagen. Eine Linienoptimierung, das wir vielleicht keine Midibusse mehr brauchen bedeutet, dass durch die engen Gassen kein Bus mehr fährt. Das heißt, wir fahren nicht mehr durch die Neuschönau, wenn wir einen normalen Solobus schicken, weil der Midibus nicht entspricht. Das würde in vielen Bereichen bedeuten, dass wir das nicht mehr fahren können. Und ich mache nur aufmerksam zB auf die Ämterlinie die über den Schlossberg fährt. Und das sind alles diese Dinge die man letztlich auch dabei wissen muss. Das eine Optimierung und eine freundlichere Führung für die Buslenker und die Busse sage ich jetzt einmal, nicht unbedingt eine freundliche Führung für den Fahrgast und den Kunden ist. Und wir sind da in vielen Überlegungen und auch mit dem Land OÖ in vielen Bereichen zusammen gesessen und die sind auch an und für sich gebriefte und gute Verkehrsplaner, die uns alleweil wieder irgendwelche Vorstellungen machen und ich erinnere nur zurück einmal an dieses „Special Partner Konzept“, wo uns die vorgeschlagen haben in der Früh fahren wir in der Resthofstraße hinten zurück und vorne auf der Ennser Straße herein in die Stadt. Also da muss ich euch schon dazu sagen, ob das wirklich sinnvoll ist, wenn ich dem Kunden sagen muss, zu dieser Zeit fährt er hinten und zu dieser Zeit fährt er vorne und in Wirklichkeit sieht er nur immer in eine Richtung den Bus fahren, das ist auch die große Frage. Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen daher sage ich diese Materie ist nicht einfach. Aber diese Materie kostet Geld. Und ich kann sofort eine Jahreskarte machen die auch nur das kostet wie in Linz oder in Wels, wenn die Stadt sagt das zahlen wir. Weil in Wirklichkeit ist ja das bei der Linz AG nicht viel anderes. Bei der Linz AG ist es so das viel Geld verdient wird mit der Fernwärme, viel Geld verdient wird mit dem Abfall, viel Geld verdient wird mit der Stromerzeugung. Oder in Wels zB mit dem Strom, mit dem E-Werk. Und die subventionieren das. Wir brauchen ja nicht so tun als wie wenn sozusagen der Verkehr dort billiger wäre. Es ist nur so, dass es jemanden anderen gibt der das bezahlt und das ist an und für sich das wirkliche Manko dabei, das bei uns ist, das wir so einen zusätzlichen Geldgeber in dem Sinn halt nicht haben. Und daher ersuche ich sozusagen, wir bemühen uns auf alle Fälle weiter in die Richtung zu arbeiten Optimierungen herbei zu führen und Verbesserungen herbei zu führen, aber ein bisschen fehlt mir der Glaube, das wir ganz einfach Preise halbieren können oder dergleichen mehr. Und daher ersuche ich auf der einen Seite auch für das Verständnis zu haben, das wenn wir uns einen öffentlichen Verkehr leisten wollen der einen 15-minütigen-Takt hat über die Hauptzeiten auf den Hauptverkehrslinien, dass das auf der einen Seite etwas kostet, aber das es auch nicht so geht, das sozusagen alles nur öffentliche Hand bezahlt. Ich ersuche um Beschlussfassung.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ja ich glaube es ist alles gesagt. Wir kommen zur Abstimmung. Eigentlich ein Punkt Haustarife. Wer für diesen Antrag ist den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich für die Berichterstattung und Diskussion und darf den Herrn Stadtrat Dr. Schodermayr um seine Tagesordnungspunkte ersuchen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR<sup>n</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

## BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

6) SH-5/14

**Caritas Familienhilfe; Leistungsvereinbarung 2015.**

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ja liebe Gäste, geschätzte Vertreterin und Vertreter der Medien, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohe Beamtschaft, geschätztes Präsidium. Ich bin ihnen möglicherweise heute nicht lieb, aber mit Sicherheit werde ich ihnen teuer sein. Meine Anträge, in meinen Anträgen geht es um ordentlich Geld. In meinem ersten Antrag geht es um die Caritas Familienhilfe. Caritas Familienhilfe glaube ich brauche ich nicht näher erläutern. Eine segensreiche Institution die immer dann von der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste in Anspruch genommen wird, wenn unvorhergesehenes in Familien passiert – durch Krankheit, Tod, Unfall, psychische/physische Überforderung - und der Zusammenhalt der Familie sonst gefährdet wäre. Seit einem Jahr muss man auch in diesem Bereich über Leistungseinheiten abrechnen und dazu ist ein Rahmenvertrag notwendig mit der Caritas, die der einzige Anbieter in diesem Bereich ist, und wir haben vor eine Leistungsvereinbarung über 4.500 Stunden im Werte von EUR 165.000,-- abzuschließen, wobei 50 % vom Land rückfinanziert werden. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 27. 10. 2014 wird **der Abschluss der beiliegenden Leistungsvereinbarung 2015 „Familienhilfe“ mit der Caritas für Betreuung und Pflege, Mobile Familien- und Pflegedienste, 4560 Kirchdorf, Kalvarienbergstraße 1, über 4.500 Leistungsstunden genehmigt** und die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der voraussichtlichen ungedeckten Kosten in Höhe von

**€165.000,00**

(Euro Einhundertfünfundsechzigtausend)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind im Budget 2015 vorzusehen und können im Wege einer Freigabe aus der VSt. 1/424000/728100, entnommen werden.  
Die Auszahlung an die Caritas erfolgt nach Rechnungslegung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wünscht dazu jemand das Wort? Ich bitte Herr GR Lindlgruber.

GEMEINDERAT ING. KURT LINDLGRUBER:

Hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Referent Schodermayr ich hätte zwei Fragen an sie. Besteht eine gesetzliche Verpflichtung für diese Unterstützung und werden dort nur Österreicher betreut oder auch sogenannte EU-Drittstaatsangehörige?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke! Gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Thema? Ich sehe das ist nicht der Fall. Bitte Herr Referent.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR.

Ich weiß jetzt nicht genau was EU-Drittstaatsangehörige sind. Also entweder sind es EU-Staaten, Staatsangehörige oder Drittstaatsangehörige außerhalb der EU. Also es werden bei

uns Familien, also es gibt keine Unterscheidung zwischen, also es gibt nur das Kriterium „Familien die in Steyr wohnen“. Also mit ordentlichem Wohnsitz in Steyr. Das ist das Kriterium und unsere Sozialarbeiter stellen den Bedarf fest. Ob das jetzt wer ist der russisch spricht oder deutsch oder sonst etwas hat nichts zu tun. Es hat nur damit zu tun das die Familie sonst auseinander fallen würde und die Stadt Steyr den gesetzlichen Auftrag hat die Jugendlichen so zu betreuen das sie optimal versorgt sind. Das kann, optimal versorgt sind sie auf jeden Fall in den eigenen Familien mit und ohne Unterstützung, ansonsten bleibt oft nur die Fremdunterbringung, die keiner will und die schweinsteuer ist. Also die kostet ein Vielfaches davon, das kann ich sagen dazu. Wir unterscheiden sonst nicht.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ich darf vielleicht nur ergänzen, damit man die Größenordnungen sieht. Ich habe vor kurzem eine Besprechung gehabt. Kinder die in Betreuung kommen müssen zu ihrem Schutz oder auch weil es in dieser Familie nicht mehr funktioniert, heißt für die Stadt kosten zwischen EUR 5.000,-- und EUR 7.000,--.

**STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:**

Pro Kind und Monat!

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Pro Monat. Das heißt jede Familie die halbwegs zusammen gehalten werden kann mit Unterstützung ist betriebswirtschaftlich, wenn man schon das menschliche ausblenden will, ein Geschäft für die Stadt und wir bemühen uns sehr. Aber in erster Linie geht es natürlich um das menschliche da, den Familienverband zusammen zu halten. Eine sehr gute Einrichtung die wir uns leisten. Das ist richtig. Die wir uns alle leisten, weil eine gesetzliche Verpflichtung dazu gibt es nicht. Nur die gesetzliche Verpflichtung die Kinder zu schützen die in Gefahr sind. Die gibt es schon. Also wir müssen sowieso etwas tun. Dazu sind wir verpflichtet. Gut, somit aufgeklärt. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist den ersuche ich um eine Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte nächster Punkt!

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4*

*GR<sup>n</sup> MMag. Michaela Frech*

*GR Ing. Wolfgang Hack*

*GR Mag. Gerhard Klausberger*

*GR<sup>n</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**7) SH-2/14**

**Mobile Dienste/HKP, FSAB und HH; Leistungsvereinbarung 2015.**

**STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:**

Im nächsten Punkt geht es um die Mobilen Dienste in Steyr. Wir haben hier zwei Anbieter. Ich glaube ich brauche das nicht näher erklären. Das ist auf der einen Seite Vita Mobile, auf der anderen Seite die Volkshilfe, die in verschiedenen Fachlevels quasi die Menschen betreuen. Unterster Level ist Heimhelferin, dann Fachsozialbetreuerin Altenarbeit und Dipl. Hauskrankenpflege. Auch hier ist es eine Abrechnung über Leistungsstunden. Hier brauchen wir schon deutlich mehr und zwar ca. 61.000 Leistungsstunden sind zu bestellen. Auch dazu

brauchen wir einen Rahmenvertrag mit den beiden Organisationen. Die Aufteilung ist fast Barre. Beantrag werden für Vita Mobile EUR 1.305.000,--. Für die Volkshilfe EUR 1.335.000,--. Auch hier gibt es, schaut die Summe sehr, sehr hoch aus. Die Gesamtsumme EUR 2.640,--. Weg zu rechnen sind hier die Kostenbeiträge der Kunden die ca. erwartet um die EUR 660.000,-- ausmachen werden. Für FSBA und Heimhelferinnen gibt es eine 50 %-ige Rückvergütung durch das Land, für die HKP's eine 100 %-ige Rückvergütung und ich bitte auch hier um Zustimmung zum Antrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 20.10.2014 wird **der Abschluss der beiliegenden Leistungsvereinbarungen 2015 mit den Anbieterorganisationen „Vita Mobile – gemeinnützige GmbH“, Ferdinand-Hanusch-Straße 1 und „Volkshilfe“, Leharstraße 24 über insgesamt ca. 61.000 Leistungsstunden für die Mobilien Dienste HKP, FSBA, HH in Steyr genehmigt** und die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der voraussichtlichen ungedeckten Kosten in Höhe von Netto

**€2.640.000,--**

(Euro Zweimillionensechshundertvierzigtausend)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind im Budget 2015 vorzusehen und können im Wege einer Freigabe aus der VSt. 1/424000/728000, entnommen werden.

Die Auszahlung an die „Vita Mobile – gemeinnützige GmbH“ und „Volkshilfe“ erfolgt nach Rechnungslegung.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Mir liegt keine Wortmeldung vor zu diesem Antrag. Entschuldigung. Gunter? Bitte Herr Vizebürgermeister.

**VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:**

Ja meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben versucht uns ein bisschen zu beschäftigen mit diesem Antrag. Es ist nicht ganz einfach nach diesem Amtsbericht das wirklich nachzuvollziehen. Wir haben auch heute Vormittag mit einer Mitarbeiterin des Sozialreferates ein Gespräch gehabt. Es ist so, dass wir ja mitten durch die Stadt eine Art Mauer gezogen haben. In anderen Ländern ist das seit 25 Jahren vorbei, wir haben sie. Auf der einen Seite darf die Einrichtung, auf der anderen Seite die Andere. Und wenn man sich die Zahlen jetzt anschaut, dann ist durchaus die betreute Kundenzahl eine unterschiedliche. Der eine Anbieter betreut 288 Kunden, der Andere 256. In den effektiven Zahlen schaut das jedoch anders aus. Der weniger Kunden betreut verursacht mehr an Kosten. Aber jetzt geht es nicht so sehr um das Mehr an Kosten, weil das lässt sich mit Sicherheit auch erklären, da sind wir uns absolut sicher, weil pro Kopf sagt ja noch nichts ob er nicht neben Hauskrankenpflege auch noch Heimhilfe oder sonstiges in Anspruch nimmt. Wir haben nur erfahren, dass die Evaluierung dieser Maßnahme, die wir ja glaube ich das zweite Jahr haben. Die Nächste 2016 oder was erfolgt und wir würden schon vorschlagen das wir früher darüber schauen, ob das so läuft wie wir das uns vorstellen, weil es ist schon ein bisschen komisch, wenn man dann hört eine Organisation ist günstiger unterwegs. Die kriegt die Normkosten nicht erstattet und dann muss die Differenz wird ihr abgezogen. Das heißt, für das das jemand sparsam arbeitet kürzt man ihm dann auch noch die Bezahlung. Ich weiß, da gibt es eine Übergangsfrist für diese Normkosten von 10 Jahren, aber so ganz verständlich ist das für uns nicht und wir würden vorschlagen, wir werden dem Antrag die Zustimmung geben, aber das man sich das vielleicht wirklich in Ruhe und in Detail im Zuge einer Evaluierung nicht erst 2016 sondern vielleicht nächstes Jahr schon anschaut. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke! Gibt's noch eine Wortmeldung dazu? Das ist nicht der Fall. Herr Referent bitte.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Nur zwei – drei Sätze dazu. Die Fallzahl, das was sie jetzt gebracht haben Herr Vbgm., sind die kumulierten Zahlen meines Wissens von Jänner bis September. Die aktuellen Fallzahlen die derzeit betreut werden sind annähernd ident. Nämlich ich glaube, wenn ich es jetzt richtig im Kopfe habe, bitte mich zu korrigieren 160 zu 164. Also praktisch ident. Das die Pro-Kopf-Kosten unterschiedlich sind, sie haben es eh schon erwähnt, brauche ich eigentlich nicht erklären, weil es gibt drei verschiedenen Betreuungslevels die jeweils unterschiedlich berechnet werden, unterschiedlich kosten und die Leute haben unterschiedliche Bedürfnisse. Und dadurch kommt auch eine Differenz heraus. Das Delta das sie ansprechen das ist jetzt, glaub das brauch ich nicht großmächtig erklären, das ist die Differenz zwischen dem was bisher sozusagen an Aufwendungen gewesen ist zu dem was die Vereine über die Norm, übers Normkostenmodell rückerstattet werden. Und da gibt es, da bin ich bei ihnen, sehr wohl Differenzen. Die Differenz lässt sich aber relativ leicht erklären, indem nämlich die Volkshilfe sämtliche Mitarbeiterinnen des Vereins Miteinander übernommen hat und der sehr gute Arbeit geleistet hat – ich werde jetzt kein schlechtes Wort über den Verein Miteinander verlieren – die Zahlen des Vereins Miteinander aus verschiedensten Gründen aber deutlich unter den Zahlen der Volkshilfe bzw. unter den Zahlen der Vita Mobile gelegen sind. Ich gebe nur mehr eine Produktivitätszahl her. Verein Miteinander, ah, Vita Mobile und Volkshilfe haben ca. 80 – 81 – 82 % Produktivität gehabt. Der Verein Miteinander war knapp über 60 % in gewissen Bereichen, nicht in allen um Gottes Willen. Das heißt, da ist, dieses Delta ist dort größer. Das muss noch größer sein und das wird sich in wenigen Jahren, quasi wird das ausschwingen und wird sich in Wohlgefallen auflösen. Dann haben wir hübsch zwei, zwei hübsch gleich große und gleich produktive Organisationen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, somit wurde der Antrag einstimmig angenommen. Bitte Michael dein letzter Punkt.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2*

*GR<sup>n</sup> Michaela Greinöcker*

*GR<sup>n</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**8) GHJ2-41/14**

**Alten- und Pflegeheim Tabor; Abschluss eines Mietvertrages mit der GWG der Stadt Steyr GmbH (vorbehaltlich der Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss APS).**

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Da geht es um den Abschluss eines Mietvertrages zwischen der GWG und der Stadt Steyr. Nachdem wie der Herr Bürgermeister heute schon ausgeführt hat am 25. November – das ist sehr bald – die Übersiedlung beginnt wäre ein Mietvertrag sehr hilfreich würde ich einmal sagen. Der Mietvertrag wurde gemeinsam mit unseren Juristen und dem Büro Schwarz-

Kallinger-Zwettler erstellt, lehnt sich sehr stark an den Mietvertrag des APE an. Es gibt ein paar kleine Abweichungen die juristisch und buchhalterisch begründet sind. Erfreulich an der Geschichte, das mag ich einfach in einem Nebensatz erwähnen, ist das der Kostenrahmen so wie es aussieht gut eingehalten wird. Möglicherweise schaffen wir es sogar ein bisschen darunter zu bleiben. Das heißt, der tatsächliche Mietzins wird sich ja dann noch etwas ändern, wahrscheinlich zum Besseren, weil das dann von den tatsächlichen, von der Endabrechnung abhängt. Ja ich bitte dem Abschluss dieses Vertrages der im Anhang denke ich mir in der Aussendung dabei war zuzustimmen. Ich hoffe, es hat niemand Lust das ich da den ganzen Vortrag vorlese, ah Vertrag vorlese.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 27. Oktober 2014 wird dem Abschluss eines Mietvertrages mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH über das derzeit in Bau befindliche Alten- und Pflegeheim Tabor entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf samt Kalkulationsgrundlage (Beilage A des Mietvertrages) zugestimmt.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Das schaut ganz so aus das da niemand Lust hat. Ich kann nur sagen es ist sehr erfreulich ...

**GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL (vom Platz aus):**

Vielleicht fällt es mir ja noch ein.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

... das wir in der Stadt in der Lage sind Großprojekte im Kostenrahmen abzuwickeln. Also wenn man die Medien verfolgt ist das nicht unbedingt österreichischer Usus, aber auch nicht in der Bundesrepublik. Wenn man an Flughäfen denkt oder an Skylink in Wien, wie auch immer. Ich denke, draußen im Reithofferwerk ein Millionen, eine Millioneninvestition wo wir unter dem Kostenrahmen geblieben sind und jetzt wieder eins mit EUR 11 Millionen, wo wir die Kosten eingehalten haben. Also ich denke das ist keine Selbstverständlichkeit bei diesen Summen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich für die Berichterstattung und darf den Herrn Stadtrat Dr. Spöck um seine Tagesordnungspunkte ersuchen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2*

*GR<sup>n</sup> Michaela Greinöcker*

*GR<sup>n</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:**

**9) WaP-5/14**

**Hochwasserschaden Rederbrücke; anteilige Übernahme der Reparaturkosten.**

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrtes Präsidium, liebe Gäste. Wir haben heute einen eher unangenehmen Teil noch abzuwickeln. Wie wir uns erinnern können haben wir voriges Jahr im Juni ein Hochwasser gehabt das einiges an Schaden angerichtet. Schaden der der Stadt entstanden sind. Schaden, der dem Land entstanden und Schaden die auch Privaten entstanden sind. Und ein Schaden der ganz massiv ausgefallen ist war der Schaden an der Rederbrücke. Wie wir uns zurück erinnern können, wie der Schaden aufgetreten ist durch Inspektionsarbeiten, durch das Land OÖ entdeckt, wurden umgehend, wirklich ganz rasch, Maßnahmen gesetzt damit dieser Schaden behoben werden kann. Wir haben festgestellt, dass der Pfeiler, der diese Brücke trägt, eine Schiefstellung erlitten hat, der sich 12 cm verschoben hat und somit ein umgehendes Handeln erforderlich war. Das Land OÖ hat sich damals bereit erklärt die Sanierungskosten vor Ort bzw. den Auftrag an die Baufirma sofort zu übernehmen und zu vergeben. Die Zahlungen stehen jetzt an. Das heißt, das Land OÖ hat jetzt eine Betrag von EUR 1,6 Millionen vorgestreckt und hat die Stadt ersucht einen Teil dieser Kosten mitzutragen. Warum soll die Stadt Steyr einen Teil jetzt der Kosten mittragen? Wir haben gemeinsam mit dem Land OÖ ein Gutachten erstellen lassen. In diesem Gutachten ist heraus gekommen das grundsätzlich das Hochwasser im Juni 2013 Schuld an dieser Pfeilerschiefstellung ist, aber es gibt auch Hinweise darauf das wir in der Stadt aber auch beim Land vielleicht das Eine oder Andere besser machen hätte können. Wenn ich sage beim Land, dann ist das sicher eine Frage der Konstruktion des Stützpfeilers. Ob die richtig war oder nicht richtig war. Und seitens der Stadt kann ich dazu sagen, natürlich ist immer wenn eine Hochwasserschutzmaßnahme entsteht und in dem Fall reden wir von der Ennseintiefung, vielleicht noch mit einem Aug besser auf die Maßnahmen zu schauen wie tief in der Enns eingegraben wird oder nicht. Das Land OÖ hat uns ersucht einen Teil dieser Kosten zu übernehmen. Wir wissen heute noch nicht ob wir Geld vom Katastrophenfond bekommen oder auch vom Fond wo Hochwasserschutzmaßnahmen gefördert werden. Kennen wir auch, haben wir auch schon in Anspruch genommen. Das ist diese 90/10-Regelung, wenn wir etwas bauen was Hochwassermaßnahmen vorgreift. Das wäre auch hier der Fall, wenn wir den Stützpfeiler zB. auch im Vorfeld schon saniert hätten. Aber damals hatten wir es noch nicht gewusst. Wie ich zuerst gesagt habe, das Land hat bisher alle Koste einmal bezahlt und wünscht jetzt so lange die Verhandlungen noch offen sind und so lange auch noch nicht geklärt worden ist, wieviel Förderung insgesamt vom Bund wieder an uns zurück fließen können, ob überhaupt welche zurück fließen oder wenn, in welcher Höhe, das wir einen Anteil von EUR 300.000,-- von den gut EUR 1,6 Millionen als Akontozahlung jetzt überweisen und ich ersuche um Abstimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 27. Oktober 2014 wird der Übernahme von Kosten für die Hochwasserschadensbehebung beim Flusspfeiler der Rederbrücke (Ursache des Schadens ist lt. Gutachten von Prof. Dr. Marte/TU Graz das Hochwasserereignis vom 2.6.2013) sowie der für heuer vorgesehenen Akontozahlung in Höhe von EUR 300.000,-- an das Land OÖ zugestimmt.

Die Brückenbauabteilung des Landes OÖ ist nach Schadenseintritt mit einer Gesamtauftragssumme in Höhe von EUR 1.646.000,-- (noch nicht endgültig abgerechnet) in Vorleistung getreten. Der Betrag von EUR 300.000,-- ist jedenfalls erforderlich über weitere Kostenübernahmen werden mit dem Land OÖ laufend Verhandlungen geführt, ebenfalls über mögliche Förderungen von Bund und Land (zB Katastrophenfonds).

Die Mittelaufbringung erfolgt bei der vorgesehenen VSt. 5/611000/771000 „Landesstraßen; Kapitaltransferzahlungen an Länder“ im Jahr 2014 durch KREDITÜBERSCHREITUNG im Ausmaß von EUR 300.000,--.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 300.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber

und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke für den Vortrag. Als Erster zur Wort gemeldet Herr Koll. Payrleithner. Bitte.

**GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen, werte Kollegen, geschätzte Gäste. Wenn wir heute EUR 300.000,- als Akontozahlung beschließen, dann habe ich, dann ist es ein bisschen ein ungutes Gefühl dabei. Ist das dann nicht so später, das das heißt naja das ist ein Art Schuldeingeständnis der Stadt, das wir hauptsächlich oder wie es da steht zu 80 % Schuld sind an der ganzen Misere. Denn man muss bei der ganzen Angelegenheit Hochwasserschutz im Zusammenhang mit der Errichtung der Brücke und des Pfeilers usw. schon sagen, es ist zwar richtig das der Hochwasserschutz ein großes Anliegen der Stadt Steyr war und der auch sehr viel gebracht hat, aber im Grunde genommen war das ein Projekt des Landes und ich nur daran erinnern, das die Gunz-Studie – der Herr Gunz kein Beschäftigter der Stadt Steyr ist – sondern das sich jahrelang ein Vorbereitungen für den Hochwasserschutz sehr wohl nicht nur in Absprache mit dem Land waren sondern auch letzten Endes auch vom Land durchgeführt wurden. Und Hochwasser bitte hat es in Steyr gegeben seit es die Stadt Steyr gibt. Es sind immer auch Brücken in Steyr errichtet worden. Ich darf nur erinnern da unten die Brücke ist 34 Jahre alt, die Schönauerbrücke ist aus den 70er-Jahren, die Eisenbahnbrücke ist 70 oder 80 oder 90 Jahre alt und man hat damals auch sehr wohl Brücken gebaut wo die Pfeiler eine Strömung eine aushalten haben müssen. Und es wird dann vielleicht der Eine oder Andere da sagen, ja dann hätten wir das Kraftwerk gebaut. Da wird dann wahrscheinlich die nächste Debatte werden Herr Bürgermeister und liebe Freunde, die Kraftwerksbetreiber. Also und dann hätten wir uns das auch erspart. Was auch nicht stimmt natürlich, weil das Kraftwerk oberhalb gewesen wäre. Also auch ein Kraftwerk hätte die Unterspülung dieses Pfeilers nicht behindert. Aber noch einmal zurück zu diesen doch gigantischen Kosten. Wenn wir da bei 80 % von EUR 1.600.000,- dann sitzen bleiben, ist EUR 1,3 Millionen für die Stadt ein ordentlicher Patzen Geld und ich bin der Meinung das da die Schuld in keinsten Weise die Stadt Steyr als solche betrifft. Es spricht nicht gerade für die Fachabteilung wenn das so ist wie es da herinnen steht, dass auch die Kommunikation daran schuld ist. Also ich weiß nicht was das soll. Auf der anderen Seite hat man jahrelange Vorbereitungen das man einen Hochwasserschutz in Steyr errichtet und dann ist die Kommunikation die mangelnde Schuld, dass da gepfuscht worden ist bei der Brücke. Diese Brücke ist ja noch gar nicht so alt und ich nehme ja doch an das die Brückenbauer vor 10 – 15 Jahren wie diese Brücke gebaut worden ist, gewusst haben wenn man einen Pfeiler in eine fließendes Gewässer hinein stellt das es eine entsprechende Strömung aushalten muss. Ich glaube eher, dass die Schutzmaßnahmen im Fundament rund um diesen Pfeiler damals nicht ganz ordnungsgemäß und den Umständen einer starken Strömung entsprechend errichtet wurden. Ich habe mich einmal bei ein paar – die jetzt ungenannt bleiben wollen – im Haus .... tätig war, habe mich erkundigt ...

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ist auch kein Geheimnis.

**GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:**

*Unverständlich aufgrund Diskussionen untereinander!*

... aber das hat nicht die Stadt Steyr gemacht Herr Bürgermeister und darum verstehe ich nicht, ...

*Unverständlicher Zwischenruf von Bgm. Gerald Hackl.*

... wenn man sich jetzt auf die mangelnde Kommunikation mit der Stadt Steyr – mich wundert ja das man das überhaupt hinein schreiben getraut hat – hinaus redet das wir letzten Endes dann 80 % zahlen müssen. Das kann es ja bitte nicht sein und vielleicht Herr Koll. Spöck sollte man noch einen anderen Gutachter beauftragen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das der Weisheit letzter Schluss ist was dieser Gutachter da von sich gegeben hat. Weil der hat ja und sieht ja die Hauptschuld bei der Stadt Steyr. Das kann ich mir nicht vorstellen, dass das so ist. Man sollte wirklich alle Hebel in Bewegung setzen um dieses finanzielle Ungemach von der Stadt fern zu halten. Weil meiner Meinung nach keine logische Begründung für diese finanzielle Belastung der Stadt hier vorliegt.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet der Herr Dr. Zöttl. Bitte Helmut.

**STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss wie mein Vorredner in dieselbe Kerbe schlagen, kann aber versichern es hat da keine Absprache gegeben.

*Gelächter!*

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Auf einem Kaffee.

*Gelächter!*

**STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:**

Für uns gilt daher noch einige Fragen zu klären und weil es ja wirklich um sehr viel Geld geht – EUR 1,6 Millionen. Für mich stellt sich die Frage wie ein Gutachter dieses Verschulden mit 80 % für die Stadt im negativen zwischen, weil die Kommunikationsschwächen zwischen Tiefbau der Stadt Steyr und dem Brückenbau des Landes gefehlt hat. Wäre das so, dann wäre das wirklich ein Skandal. Soweit ich mich erinnern kann war bei der Stadt Steyr wichtigen und nützlichen Hochwasserschutzmaßnahmen – also der Ennseintiefung – auch das Land OÖ involviert und hat auch die Ausbaggerungen begleitet. In wie weit hat es dann dort Kommunikationsschwierigkeiten bzw. Fehler gegeben? Hatten nicht im Zuge der Ennseintiefung Maßnahmen zum Schutz des Brückenpfeilers errichtet werden müssen, wären dann gleich mit dem Hochwasserschutz mitgegangen und auch hätten auch da abgerechnet werden können gleich mit der 90-10-Regelung. Gibt es auch hier ein Gegengutachten? Das ist für uns ganz wichtig. Für uns stellt sich auch die Frage ob dieses Bauwerk überhaupt Normgerecht errichtet wurde, das auch von einem Sachverständigen zu überprüfen wäre. In wie weit gibt es auch hier Haftungen des Brückenerrichters? Wie lange wären diese? Und war es damals Stand der Technik das man dort ein Flächenfundament und kein Tiefenfundament errichtet hat? Bis diese Fragen geklärt sind sollten aus unserer Sicht der Freiheitlichen die Zahlungen nicht geleistet werden, zumal wirklich der Eindruck entsteht, dass wir da ein Schuldeingeständnis haben. Wir sind daher gegen die Vorgangsweise die hier gewählt wird. Danke!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke! Wünscht noch jemand zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort? Ich sehe das ist nicht der Fall. Bitte Herr Referent. Vielleicht kannst du ein bisschen etwas aufklären.

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Zum ersten bezüglich Gutachten. Für ein zusätzliches Gutachten in Auftrag geben können. Natürlich können wir das machen. Dieses Gutachten ist einmal in einem, mit einem gemeinsamen Schreiben an einen Gutachter in Graz von der Universität Graz gemacht worden, der im Prinzip seine Sicht der Dinge dargelegt hat. Ein Gutachten wissen wir kostet um die EUR 25.000,-- in diesem Bereich. Wenn uns das Wert ist können wir sicher gerne darüber überlegen ob wir so ein Gutachten auch machen können. Überhaupt kein Thema. Das andere ist, wenn da geredet worden ist von Flächengründung bzw. Tiefgründung. Genau das ist der Punkt wo wir ja auch angesetzt haben. Wir haben gesehen das ist eine Flächengründung dort. Also Flächengründung, es wird auf einem Betonklotz im Prinzip dort Stützpfeiler errichtet. Warum ist dort keine Tiefgründung erfolgt? Dem sind wir nachgegangen. Damals hat das Land OÖ einen Gutachter gehabt der gesagt hat „unter diesem Pfeiler ist der Boden so schlecht das eine Tiefgründung nicht möglich ist, sondern eine Flächengründung gemacht werden muss.“ In meinen Augen nicht nachvollziehbar, weil gerade wenn der Boden schlecht ist müsste eigentlich eine Tiefgründung gemacht werden, aber das Gutachten hat es damals so gesagt und darum ist es auch so gemacht worden. Das heißt, das Land ist da relativ gut abgesichert in diesem Bereich. Wenn wir hier von Kommunikationsschwierigkeiten sprechen zwischen Land und Stadt ist das genau dieser Punkt. Weil damals beim Brückenbau ist eine Flächengründung, ist eine Tiefgründung eingereicht worden, aber es ist im Nachhinein eine Flächengründung geworden, weil während des Behördenvorganges im Prinzip das umgeändert worden ist aufgrund dieses Gutachtens. Das ist der Grund diesbezüglich. Und bei der Tiefgründung, also bei der Eintiefung der Enns, hat man im Prinzip den Eingriff in die Enns gemacht das wir alle gewünscht haben, aber natürlich der Pfeiler ist außerhalb dieser Reichweite dieser Eintiefung und darum ist man nicht näher auf diesen Pfeiler auch eingegangen. Was nämlich nicht stimmt was man auch so oft hört jetzt oder lest auch, das der Fluss dort schneller geworden ist in diesem Bereich der Rederbrücke. Die Messungen haben ergeben, dass es dort nicht schneller geworden ist. Er ist schneller geworden da im Zwischenbrücken-Bereich, das stimmt, aber von den Massen her dort, also von der Geschwindigkeit ....

*Unverständlicher Zwischenruf von GR Roman Eichhübl vom Platz aus.*

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

... hat sich das nicht verändert.

*Diverse unverständliche Zwischenrufe.*

STADTRAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Darf ich vielleicht auch noch dazu sagen was zu diesen 80-20-Prozent und zu diesem Schuldeinbekenntnis. Also auch da bin ich ganz auf eurer Seite auch. Ein Schuldeinbekenntnis machen wir mit dem nicht und das steht auch nicht so drinnen. Wir haben hinein geschrieben was das Gutachten sagt. Das Gutachten sagt „es hätte vermieden werden können zu 80 % von der Stadt und zu 20 % vom Land“. Das heißt nicht das die Stadt um 80 % Schuld ist und das Land um 20 %. Und das ist genau das was wir jetzt verhandeln. Die Verhandlungen haben jetzt schon länger andauert und wir haben die Verhandlungen jetzt insofern ausgesetzt, weil wir gesagt haben jetzt schauen wir einmal. Gibt es Mittel von anderer Seite? Gibt es Mittel vom Katastrophenfond? Und gibt es Mittel vom Hochwasser, für die

Hochwasserschutzmaßnahmen, damit wir da ein wenig vom Betrag herunter kommen? Aber eines darf man auch nicht vergessen. Das Land OÖ streckt jetzt die gesamte Summe vor. Und ich glaube es ist legitim, dass das Land auch zu uns kommt solange die Regelung nicht getroffen worden ist und so sagt „übernehmt ihr zumindest – für uns ist es ein großer Betrag, aber für das Land natürlich für die Gesamtsumme ist es eine nicht, ein nicht so großer Betrag – übernehmt's einen Teil davon von diesen Kosten.“ Das heißt nicht, dass das Kosten sind die fix sind. Es heißt auch nicht, dass die Kosten auch noch mehr werden können. Wir wissen es aus heutigem Zeitpunkt einfach noch nicht. Und darum diese Akontozahlung von gerade aus EUR 300.000,-- bis diese Sache auch geklärt ist, wie viel Geld das wir noch erwarten können vom Bund.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Gut. Dankeschön. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich bedanke mich für die Berichterstattung und darf für die nächsten Tagesordnungspunkte den Stadtrat Dr. Helmut Zöttl ersuchen. Bitte Helmut.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4*

*GR<sup>n</sup> Helga Feller-Höllner*

*GR<sup>n</sup> MMag. Michaela Frech*

*Vbgm. Wilhelm Hauser*

*GR<sup>n</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **32**

Zustimmung: **26**

**SPÖ 16** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Walter Oppl, StR<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR Ernst Esterle, GR<sup>in</sup> Monika Freimund, GR Kurt-Werner Haslinger, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR Mag. Gerhard Klausberger, GR<sup>in</sup> Erika Loibl, MAS, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner)

**WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 7** – (Vbgm. Gunter Mayrhofer, GR<sup>in</sup> Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GR Mag. Wolfgang Glaser, GR Ing. Wolfgang Hack, GR<sup>in</sup> Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 3** – (GR Kurt Apfelthaler, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Gegenstimmen: **6**

**FPÖ 6** – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber, GR Hans Payrleithner)

## **BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:**

### **10) VerkR-694/05      Änderung der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr betreffend die Darbietung von Straßenmusik (Straßenmusikverordnung 2014).**

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf oder bzw. muss den Antrag der Änderung der Verordnung für den Gemeinderat des betreffend der Darbietung von Straßenmusik vorbringen. Im vorliegenden Antrag geht es um die Novellierung der Verordnung des GR der Stadt Steyr betreffend der Darbietung von Straßenmusik. Die bisherige Verordnung die heuer vom 15. Mai 2014 soll nämlich demnach in der Form abgeändert werden, dass nicht wie ursprünglich am DI, DO und SA gespielt werden darf, sondern dass jeden Wochentag das Spielen gestattet ist, das bedeutet sechs Tage die Woche. Somit können dann auch pro Kalenderwoche max. sechs Platzkarten an den gleichen Künstler vergeben werden. Für uns Freiheitliche ist es ein Fehler, dass hier durch Druck von außen einer Veränderung herbeigeführt wird. Es sind mit der letzten Verordnung schon die Zonen nicht wirklich eingehalten und gewechselt worden und jetzt sollen auch die restlichen Wochentage wieder bespielt werden. Es gibt auch viele Beschwerden von Anrainern und Wirtschaftstreibenden wegen Lärmbelästigung, die mit eigentlich negiert ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Helmut! Nachher. Nur den Antrag bitte. Aber ...

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

Ich bin es gleich.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, nein ich sage nur.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

Wo bleibt hier das berechtigte Anliegen der Bürger? Wir sehen diese Änderung sehr kritisch und werden dagegen aufstehen. Danke! Entschuldigung, habe ich nicht gewusst.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, nein, gar kein Problem. Ich sage nur.

*Unverständlicher Zwischenruf!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So. Diese Zuständigkeit ist eben beim Verkehrsstadtrat gewesen. Es ist ein Antrag auf Abänderung gewesen der SPÖ-Fraktion, das wollte ich nur für den Referent noch ergänzen. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Bitte Frau Michaela Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste! Ja Papier ist geduldig anscheinend. Wenn man sich diesen Amtsbericht anschaut

dann steht, dass die Intension dieser Verordnung, die wir ja erst im Mai dieses Jahres beschlossen haben, jetzt aber schon wieder revidieren, Intension dieser Verordnung war es klare und leicht zu vollziehende Bestimmungen für die Straßenmusik in der Steyrer Innenstadt zu schaffen. Naja, also ob das wirklich alles klar und leicht zu vollziehend ist was da drinnen steht in dieser Verordnung sei einmal dahin gestellt. Wir haben das von Anfang an kritisiert, dass wir nicht glauben, dass das sehr praktikabel sein wird. Es hat sich leider auch heraus gestellt, dass das so ist. Wenn die Intension diese gewesen wäre, dann müsste die Verordnung etwas anders ausschauen. Interessant ist auch das dann auch steht, das sich bis lang die Verordnung bewährt hat. Also wenn sich eine Verordnung bewährt hat, dann muss ich sie im Regelfall nicht im selben Jahr noch ändern, nachdem ich sie gerade erst beschlossen habe. Faktum ist, sie hat sich nicht bewährt. Faktum ist auch, der Herr Bürgermeister hat es angesprochen, das es einen Änderungswunsch gab der SPÖ-Fraktion, der nun vorliegt und hier und heute abgestimmt werden soll. Das was wir vermissen und das was wir auch gefordert haben in diesem Zusammenhang ist das es einen runden Tisch gibt, wo man alle zusammen führt. Weil ich glaube nicht das sich die Politik einbilden sollte alles zu wissen und immer die besten Maßnahmen zu treffen, vor allem dann nicht, wenn sie es ohne die Betroffenen tut. Und wie man gesehen hat in den letzten Monaten gab es da schon fast ein bisschen eine Verhärtung von Fronten. Da gab es die Einen, die sind für die Straßenmusik, am besten rund um die Uhr. Dann gibt's die Anderen, die wollen gar keine. Das ganze schaukelt sich dann auch ziemlich emotional auf. Man braucht nur in gewisse Face, auf gewisse Facebook-Seiten schauen, etc., etc. Und gerade in so einer Situation glaube ich und sind wir als Fraktion überzeugt ist es nicht zielführend, dann wieder in einer Hauruck-Aktion mehr oder weniger eine Verordnung abzuändern, sondern die Betroffenen in ein Boot zu holen. Das heißt, sich mit jenen zusammen zu setzen die Straßenmusik machen, mit jenen zusammen zu setzen die Betroffenen sind wenn es um das Thema Lärm geht, weil mitunter ist Musik halt auch mit Lärm verbunden. Vor allem dann, wenn man – und das ist ein Punkt der hier nie diskutiert wird – die Qualitätsfrage nicht stellt. Ich maße mir nicht an als Politiker die Qualität einschätzen zu können, aber interessanterweise gibt es sehr wohl viele andere Städte, wo man zB vorspielen muss. Wo man beispielsweise eine Jury hat etc., etc.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**  
Song Contest.

**GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:**

Ich sage ihnen ganz ehrlich, ich könnte mich hinstellen am Steyrer Stadtplatz und könnte spielen. Ich tue es ihnen nicht an, ich sage es ihnen ganz ehrlich ja. Sie wären entsetzt, ich kann es nicht. Aber ich glaube, wenn man will, dass die Innenstadt belebt wird, dass sie qualitativ belebt wird, dann ist es unbedingt notwendig, das man sich mit allen Betroffenen an einen Tisch setzt. Und das wäre unsere Forderung auch nach wie vor in diesem Zusammenhang. Wir werden deshalb hier dieser Verordnung nicht die Zustimmung geben können aus anderen Gründen als es die freiheitliche Fraktion. Wir fordern nach wie vor diesen runden Tisch. Wir gehen auch davon aus, dass er möglich ist und stellen daher auch einen Antrag zur Geschäftsordnung. Es ist ja keine zeitliche, kein zeitliches drängen da, ob wir das jetzt machen eine neue Verordnung oder erst in ein paar Wochen und zu Beginn des neuen Jahres. Hat überhaupt keine weiteren Folgen. Das heißt laut Geschäftsordnung stelle ich hiermit namens der Fraktion den Antrag auf Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung und Bildung eines runden Tisches zu dem dann auch der Herr Bürgermeister die Betroffenen einlädt. Dankeschön!

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**  
Das ist jetzt nicht wirklich eine Überraschung.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Wir haben es auch im Vorfeld artikuliert.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, den Antrag auf Absetzung habe ich nicht artikuliert gehört, aber das haben wir vermutet. Zu diesem Antrag steht jeder Fraktion eine Wortmeldung zu. Wer wünscht das Wort? Bitte Roman für die Freiheitlichen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es geht jetzt um die Absetzung dieses Antrages von der Tagesordnung und ich darf voraus schicken, dass selbstverständlich wir Freiheitlichen der Meinung sind, das wir durchaus heute und jetzt darüber diskutieren sollten und daher erlaube ich mir Herr Bürgermeister nicht nur jetzt über die Absetzung zu reden, sondern doch auch die Möglichkeit zu ergreifen, um die Sicht der Freiheitlichen ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Roman das geht nicht. Das geht nicht. Entschuldigung.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

... näher zu erörtern.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

... bitte was?

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Nein, Roman das geht nicht. Du kannst dich dann noch einmal ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist eigenartig, bei so manch andere geht's, aber bitte ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe jetzt nicht aufgepasst. Um was geht's?

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Um die Geschäftsordnung.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, ist schon recht, aber ich sage trotzdem die Meinung.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Nein, weil wir jetzt sofort dann abstimmen. Über den Antrag von der Geschäftsordnung müssen wir ja gleich abstimmen, sonst können wir die Debatte gar nicht weiter führen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich weiß, aber es ist. Ja okay, ist in Ordnung. Nehme ich zur Kenntnis. Nein, nehme ich zur Kenntnis, also wenn es nicht möglich ist das man in diesem Gemeinderat seine Meinung äußert, dann ...*(der Rest ist leider nicht verständlich, da Herr GR Eichhübl das Rednerpult verlassen hat und sich auf seinen Platz begeben hat)*.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Da müssen wir aufpassen. Es tut mir leid, ich habe jetzt leider nicht aufgepasst um was es da jetzt gegangen ist. Wünscht wer von den anderen Fraktionen noch zu dem Antrag auf Absetzung das Wort? Ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Für diese Abstimmung ist die 2/3-Mehrheit erforderlich, dass das angenommen wird. Wer dafür ist, dass der Tagesordnungspunkt abgesetzt wird den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Somit wurde der Antrag abgelehnt, wir gehen also weiter in der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt und am Wort ist der GR Eichhübl. Bitte Roman.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1*

*GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber*

Die Abstimmung über den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **35**

Zustimmung: **8**

**WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8** – (Vbgm. Gunter Mayrhofer, GR<sup>in</sup> Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Mag. Wolfgang Glaser, GR Ing. Wolfgang Hack, GR<sup>in</sup> Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

Gegenstimmen: **26**

**SPÖ 18** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Walter Oppl, Vbgm. Wilhelm Hauser, StR<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR Ernst Esterle, GR<sup>in</sup> Helga Feller-Höllner, GR<sup>in</sup> Monika Freimund, GR Kurt-Werner Haslinger, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR Mag. Gerhard Klausberger, GR<sup>in</sup> Erika Loibl, MAS, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner)

**FPÖ 5** – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

**GRÜNE 3** – (GR Kurt Apfelthaler, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Stimmenthaltung: **1**

**FPÖ 1** – (GR Hans Payrleithner)

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste, sehr geschätzte Vorsitzende! Es ist also doch noch möglich über diesen Tagesordnungspunkt aus Sicht der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zu reden. Und zwar hat unser StR Dr. Zöttl bereits darauf hingewiesen, dass nicht nur er sondern auch die gesamte freiheitliche Gemeinderatsfraktion sich gegen diesen Antrag aussprechen wird und daher erlaube ich mir auch einige Worte dazu zu sagen und zwar deshalb, weil ich mich eigentlich schon sehr lange mit der Thematik der zunehmenden Bettelei hier in der Stadt Steyr beschäftige. Und auch diese sogenannte Musikerverordnung geht auch in die Richtung, dass es sich dabei um Bettelei handelt und teilweise um organisierte Bettelei. Das muss man auch klar und deutlich hier feststellen und daher wie gesagt werden wird mit entsprechender Begründung auch gegen diese Antragsanstellung sein. Man muss aber auch doch zurück blicken und beachten, unter welchen Voraussetzungen ist eigentlich diese Verordnung für Straßenmusikanten entstanden. Und zwar deshalb, weil die Bevölkerung zunehmend sich belästigt gefühlt hat und zu recht belästigt gefühlt hat und daher Unterstützung meistens bei der Polizei gesucht hat und die Polizei den Betroffenen sagen musste, wir können nicht einschreiten, weil es dazu keine Verordnung gibt. Eine derartige Verordnung bezogen auf die Bettelei darf ich auch in Erinnerung rufen, haben wir Freiheitliche bereits vor Jahrzehnten hier herein gebracht in diesen Gemeinderat, sind aber leider immer auf taube Ohren gestoßen. Und eigentlich muss man schon sagen, dass das eine Zumutung ist was man jetzt macht. Man geht jetzt her und hat wie gesagt vor einigen wenigen Monaten wie die Frau Koll. Frech ja bereits darauf hingewiesen hat eine derartige Verordnung beschlossen, die einschränkende Maßnahmen für die sogenannten Straßenmusikanten bedeutet. Und nun passiert Folgendes: es kommt jemand – ich glaube der ist bulgarische oder rumänische Staatsbürgerschaft, keine Ahnung – und stellt ein Ansuchen an die Bezirksverwaltungsbehörde, das er seine Spielzeit länger haben möchte. Und daraufhin hat man entsprechend dieser Verordnung gehandelt in der zuständigen Stelle der Bezirksverwaltung und hat einen Bescheid erlassen bzw. noch keinen Bescheid, sondern ihm eine Mitteilung zukommen lassen, dass er sein Anliegen präzisieren sollte. Und siehe da, was ist dann passiert? Diese Zustellung erfolgte Anfang Juni und bis im September war es nicht möglich diesem Herrn ein Schreiben zuzustellen, weil er unbekannt verzogen ist. So steht das ja im Amtsbericht drinnen der im Stadtsenat abgehandelt wurde. Also der war über Monate nicht erreichbar um sein Anliegen zu präzisieren. Andererseits heißt es aber auch in der öffentlichen Berichterstattung und auch in diesem Amtsbericht, dass er bekannt gegeben hat, dass er sozusagen seinen Lebensunterhalt hier in Steyr verdient durch musikalische Darbietungen. Die Qualität möchte ich nicht beurteilen, das überlasse ich gerne Anderen. Aber jedenfalls frage ich mich schon, wie ist es eigentlich möglich das jemand, der sich darauf beruft das er hier seinen Lebensunterhalt durch musikalische Darbietungen auf der Straße verdient, dann plötzlich monatelang gar nicht in Steyr ist. Und daher habe ich sehr bewusst bei der letzten Fraktionsvorsitzendenbesprechung die Frage erörtert bzw. das Anliegen gestellt, man möge doch einmal den Aufenthaltsstatuts – Herr Magistratsdirektor sie erinnern sich daran weil sie mich anschauen – habe ich verlangt den Aufenthaltsstatus dieses Betroffenen einmal zu erheben. Ist das inzwischen passiert? Kann man sagen welchen Aufenthaltsstatus der Betroffene hat?

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Kann ich jetzt nicht sagen. Nein.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Kann man noch nicht sagen, aber ich darf nochmals daran erinnern, dass ich darauf bestehe, ich möchte diesen Aufenthaltsstatus dieses Herrn gerne haben. Jedenfalls hat es eine Welle von, ich möchte gar nicht sagen Begeisterung, ausgelöst, sondern von Befürwortern, weil dieses Anliegen – angeblich gibt es 600 Unterschriften, ich habe die Unterschriften nie gesehen – die jedenfalls sehr massiv aufgetreten sind und verlangt haben, dass man hier

eine Ausnahme macht. Eine Ausnahme ist aber nicht möglich. Eine Ausnahme ist nicht möglich aufgrund dieser bestehenden Verordnung, weil einzelne Personen hier keine besonderen Darbietungen in längerer Zeit haben können und daher geht man jetzt her und ändert die ganze Verordnung. Das ist Anlassgesetzgebung. Das ist Anlassgesetzgebung zum Nachteil der Betroffenen. Das muss man wirklich sehr deutlich sagen. So kann das doch nicht sein. So kann das nicht sein, dass wir erst vor ein paar Monaten eine Erleichterung für die betroffenen Bürger beschließen und dann drehen wir das um, weil plötzlich immer wieder außenstehende Personen hier massiven Druck ausüben und dazu dann es kommt, dass der Herr Bürgermeister die Meinung vertritt, dass dadurch die Stadt Steyr einen schlechten Ruf erleiden würde. Man muss doch dem nachgehen. So zumindest ist es sinngemäß in der Berichterstattung gestanden. So kann das nicht sein. Man kann nicht einfach immer wieder dem Druck von außen nachgeben. Ich hätte da übrigens einen Vorschlag gehabt. Sinngemäß hat das schon jemand auch dokumentiert, ich weiß aber nicht wo im Augenblick, dass wenn also diese 600 Leute wirklich so viel Wert darauf legen den Betroffenen zu unterstützen, dann wäre es doch ganz einfach, dann sollen sie einen gewissen Betrag monatlich an diesen Herren überweisen, dann erspart er sich die massiven musikalischen Darbietungen hier in der Stadt zum Nachteil der Bevölkerung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wie gesagt werden mit Sicherheit weiter auf diesem Thema bleiben. Es kann nicht sein, dass man ständig die Bevölkerung belastet durch Zurufe von außen. Und wie gesagt Herr Bürgermeister, ich glaube nicht, dass dadurch die Stadt Steyr einen schlechten Ruf erleiden würde. Der Betroffene hat ja angekündigt, dass er eine Protestveranstaltung machen wird. Ich weiß nicht, ist die schon über die Bühne gegangen? Keine Ahnung! Und hat gleichzeitig darauf hingewiesen – das war ein Herr Schubert glaube ich aus Dietach oder wo der her ist – der darauf hingewiesen hat, dass er trotzdem, trotz dieses inzwischen ja bekannten Rückziehers, dass er trotzdem diese Veranstaltung durchführen wird, denn interessanterweise die Stadt Steyr sollte ja Vorbild sein, denn es gibt in der Stadt Wels wesentlich schlechtere Bedingungen für Straßenmusikanten. Nein Bevölkerung von Wels wird sich herzlich bei uns bedanken, wenn wir Vorreiter diese Aktion sind. Wir wie gesagt nochmals stellen auf der Seite der Bürger und werden diesem Antrag die Zustimmung verweigern.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Koll. Mayrhofer. Bitte Gunter.

**VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben es jetzt schon ein bisschen gemerkt, das ist natürlich ein sehr emotionales Thema. Das war aber nicht unbekannt. Das heißt, wie das Thema das erste Mal schon angesprochen war, wurde, war uns allen klar, das hat Konfliktpotential und das wird nicht harmonisch ablaufen. Wenn man sich jetzt anschaut, wo immer zB Arbeitsplätze sind oder neu geschaffen werden, gibt es ein Verfahren, gibt es eine Verhandlung und es ist ganz selbstverständlich das die Anrainer gehört werden, weil die sind ja die, die wirklich die Leidtragenden sind, egal wie gut gemeint eine Darbietung auch ist. Manche gehen vorbei und empfinden das als nett und schön. Sie leben nicht da. Sie haben noch nie miterlebt was das bedeutet, wenn eine Musik – auch wenn es eine gut gespielte ist – den ganzen Tag über abläuft. Sechs Tage in der Woche. Ununterbrochen. Und entgegen manchen Medienberichten würde ich vorschlagen, dass sich einmal jeder der sich ein Bild machen möchte hinsetzt und dieses abwechslungsreiche Programm sich anhört. Wie oft der Zillertaler Hochzeitsmarsch erklingt und diverse andere Balladen. Und wer immer dann glaubt, dass das angenehm ist, den ersuche ich das er sich eine der ...

15:47 Uhr: GR<sup>n</sup> Birgit Schörkhuber kommt in die Sitzung.

... freistehenden Wohnungen in der Innenstadt mietet oder kauft und dort selbst einzieht. Wenn jetzt ein anerkannter Künstler wie der Herr Gulda - und ich glaube das ist unumstritten das er etwas von Musik versteht – bei diesem Konzert am Stadtplatz selbst sagt, die schlechteste Location für Stadtmusik, für Straßenmusik ist mit Sicherheit die Enge. Die ist akustisch nicht gut. Das ist so eine Trichterform hier, hier ist auch die Schallentwicklung eine absolut schlechte. Ich würde vorschlagen, dass man Straßenmusik nur am Stadtplatz macht. Gulda, nicht meine Worte. Nachzulesen bitte auch in den Medienberichten. Eine weitere Aussage dieses Künstlers auch: „Straßenmusik, wenn jemand 9 ½ Jahre am selben Ort Musik macht, dann ist das für mich eigentlich nicht Straßenmusik, sondern dann ist das Broterwerb oder manchmal auch Bettelei“. Nicht meine Worte bitte. Die Worte, jemanden der Straßenmusik befürwortet und sie unterstützen möchte. Ich glaube, wir sollten uns wirklich überlegen und darum wäre unser Wunsch, dass wir endlich einmal auch jene hört, die direkt davon betroffen werden, aber nicht nur einzeln, sondern am besten zusammen auch mit den Künstlern und einfach schaut, was ist möglich, was ist gescheit und was geht nicht. Und vielleicht wäre bei diesem Gespräch heraus gekommen im Einverständnis auch mit den Künstlern, dass man auf die Enge verzichtet, weil dort die Akustik so schlecht ist, weil man dort das nebeneinander fast nicht darstellen kann. Wenn man jetzt diese Entscheidung trifft wie sie jetzt vorgeschlagen wurde, dann bin ich kein Prophet, wenn ich garantiere, dass die nächste Abänderung unmittelbar bevorsteht, weil es so wie es heute vorgeschlagen wird, wieder nicht funktionieren wird. Weil es ist auch kein Geheimnis, da braucht man nur durch die Enge gehen, auch jetzt ist das was wir schon beschlossen haben der Wechsel des Standortes ein Wunschtraum, aber er wird nicht wirklich gelebt. Der geht von einem Ende der Enge ins andere Ende der Enge oder bleibt in der Mitte stehen und spielt dort weiter.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**  
Das wird ein Ende haben.

**VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:**  
Das wird ein Ende haben. Dann frage ich mich warum es jetzt nicht auch schon ein Ende gehabt hat?

*Unverständlicher Zwischenruf einer Besucherin.*

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**  
Der Magistrat und die Polizei

**VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:**  
Weil der Beschluss war auch jetzt schon gefasst. Und jetzt nur eines zu machen, zu sagen ich gehe vor einer Kampagne in die Knie, wieder ohne mich um die Bedürfnisse der eigenen Bürger zu kümmern. Ja Demokratie. Auch die DDR hat in ihrem Namen Demokratie gehabt, die Staatsform war nicht unbedingt eine demokratische.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**  
Skurrile Aussage am Schluss. Als Nächster zur Wort gemeldet Herr Apfelthaler. Unglaublich.

**GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:**  
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Da schwirren ja Begriffe durch den Raum, die will ich jetzt nicht einmal kommentieren. DDR und was weiß ich was. Was mir ehrlich gesagt auch ein bisschen komisch herzu kommt, dass halt von den beiden Parteien, die da jetzt

zum Schluss gesprochen sind, die Bettelei im Vordergrund gestanden ist. Also das was ich immer vermutet habe und was eigentlich bei meiner Rede damals als Verdacht von mir geäußert wurde, wurde ja von ihnen selbst ja immer in Abrede gestellt. So das geht nicht um Bettelei, sondern es geht um ...

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:  
Jetzt würde ich aber aufpassen Herr Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:  
... mein Gott sind sie ein bisschen vorsichtig in ihren Äußerungen Herr Wirtschaftskämmerer, weil sonst täte ich ihnen sagen, dann setzen sie sich mit den Wirtschaftstreibenden zusammen.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:  
Da haben sie aber einiges verschlafen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:  
Aber ja, ist schon recht. Ich habe geglaubt es geht um Kunst und Kultur Herr Vizebürgermeister und es geht um die Qualität des Vortrages und um sozusagen da eine Struktur hinein zu bringen. Ursprünglich nach Aussage des Herrn Bürgermeisters, damit man die Beschwerden – berechtigt oder jetzt unberechtigt – der dort Ansässigen das man dem auch nachgehen kann und sagen kann, okay bringen wir so was wie eine Ordnung zustande, wo jeder, wo jedem gedient ist. Das ist natürlich nicht so einfach, speziell wenn man dann drauf kommt, vielleicht wäre es gescheiter gewesen wir hätten uns zuerst mit den Geschäftsleuten und mit den Handelnden dort zusammengesetzt, wenn es schon heißt, dort gibt es Schwierigkeiten. Da nehme ich sie nicht aus der Pflicht Herr Mayrhofer, das hätten sie vorher auch schon vorschlagen können, lange genug sind sie ja in der Politik. Gut. Ich habe überhaupt nichts dagegen das es einen runden Tisch gibt und ich habe auch nichts dagegen, wenn man jetzt her geht und sagt, wir haben uns das jetzt angesehen eine Zeit lang und wenn ich darauf vertraue – und das ist auch meine persönliche Erfahrung in diesem Zusammenhang – dann hat das gut funktioniert, wo weislich, ich weiß, dass es für manche immer noch zu wenig ist das Einschreiten des Amtes. Aber ich glaube und als sage ich jetzt einmal als Indikator könnte er gelten, dass dann wieder wer kommt und sagt, nein das ist mir zu laut oder tritt's endlich in Aktion, weil der sitzt schon stundenlang dort. Ich habe eh immer bezweifelt das man das wirklich exekutiert und ich glaube es macht auch kein großartiges Bild hier, wenn irgendwelche Leute dort mit samt der Gitarre weg geschleppt werden von der Polizei oder was weiß ich was. Wir müssen schauen, dass wir den öffentlichen Raum auch als öffentlichen Raum uns behalten. Wir müssen schauen, dass wir den öffentlichen Raum nicht privatisieren. Nicht privatisieren. Es muss ein jeder und ein jeder die Gelegenheit haben sich im öffentlichen Raum zu bewegen und wenn er ein Stück spielen möchte oder wenn er musizieren will, dann muss er das im Rahmen der Verordnung muss er das tun dürfen. Und wenn es Schwierigkeiten gibt – die gibt es überall, das wissen wir – wir wollen ja nicht was weiß ich was glauben das alles immer so gut ist, dann sollten wir uns zusammen setzen und darüber reden. Aber nicht die Polizei als Keule verwenden, nicht irgendwelche Maßnahmen ergreifen, die letzten Endes dann – und das macht mich ja irgendwie auch stolz – eine Zivilgesellschaft, eine Zivilgesellschaft auf den Plan ruft, die dann sagt, nein Moment eines wollen wir uns schon erhalten und wir sind in einer der reichsten Länder Europas, das muss noch möglich, das muss noch möglich sein das es Menschen gibt – da komme ich auf sie zu sprechen Herr Koll. Eichhübl, EU-Bürger müssen von Zeit zu Zeit wieder ausreisen, wenn sie hier bleiben wollen, die müssen von Zeit zu Zeit müssen sie wieder ausreisen und dann wieder einreisen und das kann natürlich sein das zu dem Zeitpunkt, wo sie gerade weiß ich nicht in Bulgarien, wo derjenige in Bulgarien ist, das ihm da keine Post zustellen können.

Das ist ein ganz ein normaler Aufenthaltsstatus. Der ist halt nicht da. So einfach ist die Antwort.

*Unverständlicher Zwischenruf von GR Eichhübl vom Platz aus!*

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein, so einfach ist die Antwort. Aber da müssen sie sich halt erkundigen wie das ist. Ich glaube, dass sich das im Großen und Ganzen keine Beschwerden gegeben hat in diesem Zeitraum. Oder ganz, ganz wenige. Ich glaube aber, dass noch nicht alle zufrieden sind. Das glaube ich schon. Und wir werden das auch nicht mit einer Verordnung weg pusten können. Wir können das wahrscheinlich nicht nur, sondern ich glaube, dass es eine, eine, ein gemeinsamer Zusammenschau geben muss, wo wir uns darüber unterhalten müssen, wie denn das – und da wird es sicher Konfrontationen geben – aber eines sage ich jetzt schon, eines sag ich jetzt schon, da spiele ich mit meinem Dudelsack, wenn es wiederum zu Einschränkungen kommt und das darf ich. Ich habe keinen Verstärker und ich habe das lauteste Instrument was überhaupt gibt außer einer Tuba. Dann stelle ich mich hin und spiele dort so lange wie es mir die Vorschrift erlaubt. Ich tue das.

*Unbekannter Zwischenruf!*

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich tue das echt.

*Unverständlicher Zwischenruf von GR Eichhübl vom Platz aus!*

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich tue das echt, weil ich glaube ... Was steht auf der Sezession? Kunst ihre Freiheit. Der Kunst ihre Freiheit. Und wir gehen nicht her und verteilen jetzt Verhaltensnoten. Wir gehen jetzt nicht her. Es ist ja der Vorschlag gekommen, wir lassen jetzt die Musiker vor dem Gemeinderat spielen und damit wir feststellen wer gut ist und wer nicht gut ist. Gut. Ich glaube, wir sollten uns wieder beruhigen. Ich spiele eh nicht mit dem Dudelsack. Aber wir sollten uns wieder beruhigen und auf den Inhalt dieser, dieses Antrages zurückkommen und ich glaube, der ist am richtigen Weg. Ich glaube, wir haben jetzt einmal geschaut wie funktioniert das und es ist ja das normalste auf der Welt, dass man sich einmal Verordnung anschaut. Wir sind ja nicht mehr in der Monarchie, wo das früher irgendwo in der Bukowina erprobt worden ist, wie die Verordnung funktioniert, sondern wir haben es vor Augen. Und da werden wir leider nicht alle befriedigen können, aber so ist es in einem Gesetz und in einer Verordnung. Und ich finde es ja auch toll, das muss ich jetzt auch ehrlich einmal sagen. Weil ich auch damals mit dem Herrn Bürgermeister ziemlich ins Feld gegangen bin was seine Verordnung und weil einer her geht und sagt, okay es gibt rundherum Schwierigkeiten von der einen oder anderen Seite. Aber wenn er sagt, aus meiner Sicht heraus könnten wir das durchaus auch machen, dann ist das auch eine menschliche Größe. Warum soll er das nicht machen? Danke vielmals!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Doch! Michaela bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Ja genau wenn es um Kunst geht ist es wichtig die Freiheit der Kunst zu wahren. Da bin ich bei dir lieber Kurt Apfelthaler. Die Frage ist halt nur, wo wird etwas zur absoluten Belästigung, weil es Lärm ist. Wie gesagt, ich möchte die Unterscheidung nicht treffen müssen, aber darum halte ich es für so wichtig – und wir halten auch diese Forderung nach wie vor aufrecht einen runden Tisch zu machen, wo sich alle zusammen setzen, nämlich Straßenmusikanten, andere Musiker, Experten, die auch beurteilen können nach welchen Richtlinien, nach welchen Kriterien gehen wir vor – ich denke mir da gehören für mich nicht nur dazu zu so einem runden Tisch die Bewohnerinnen und Bewohner und die Künstler, sondern zB auch der Tourismus etc. Weil was wollen wir denn als Stadt? Wir wollen touristisch interessant sein, wir wollen kulturell interessant sein und da einen Modus zu finden gemeinsam, der für alle passt, wäre das Ziel. Und das wäre aus unserer Sicht auch eine Lösungsorientierung, statt jetzt wie gesagt wieder mit einer Überhups-Aktion etwas zu machen. Eine Verordnung, die letztlich wieder an den Betroffenen vorbei geht und vorbei gehen wird. Und die auch nicht exekutierbar ist. Egal in welche Richtung man das her nimmt. Ich finde es sehr schade, dass nicht andere Fraktionen bereit waren dieser Absetzung zuzustimmen, weil mir fällt kein Grund ein der dagegen spricht, dass man die Betroffenen zusammen holt. Und wenn man dann merkt das funktioniert nicht, dann muss man sich halt wieder einen anderen Weg überlegen. Aber es zumindest zu probieren. Und ich muss sagen ich bedauere es sehr, dass man seitens der Politik noch immer diese Geschichte aufrecht erhält, wir sind die Politikerinnen und Politiker. Wir beschließen eine Verordnung, wenn sie nicht passt ändern wir es halt einmal wieder um. Aber diejenigen, die damit leben müssen, die bleiben letztlich außen vor, die werden nicht wirklich gehört. Das ist nicht das was ich mir unter einer lebendigen Demokratie vorstelle.

*Applaus!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als Nächster zu Wort gemeldet die GR<sup>in</sup> Payrleithner! Bitte.

GEMEINDERÄTIN NATASCHA PAYRLEITHNER:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, Kollegen, liebe Gäste! Ich finde es etwas skurril, dass es – ich weiß, es ist Bezirksverwaltung das es dem Herr Zöttl gehört – aber ich würde mir wünschen das es auch im Kulturausschuss das nächste Mal thematisiert wird und das wir in ein paar Monaten vielleicht eine Evaluierung oder auch eine Weiterführung davon sehen können, wie es sich entwickelt. Und ich möchte einfach darauf sensibilisieren, es geht hier nicht ob es eine Bettlerei ist, sondern um Musik von Künstlerinnen und Künstlern – ich weiß schon das manche länger spielen oder öfter spielen – aber es gibt auch sehr potenzielle Künstlerinnen in Österreich und auch nicht nur aus Österreich und es muss egal sein von wo die kommen. Danke!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Vbgm. Mayrhofer – die Zweite. Dann der Herr Lindlgruber.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Ja als ich zuerst einen Zwischenruf gemacht habe, hat es das Thema Bettelei betroffen. Weil das wurde nicht von mir ausgedrückt, sondern ich habe zitiert von einer Aussage von Herrn Gulda.

*Unverständliche Zwischenrufe u.a. von GR Apfelthaler, GR Eichhübl.*

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Und ich glaube, der ist erhaben darüber, dass er sich gegen Künstler ausspricht. Das möchte ich einmal ganz klar sagen. Und das Zweite ist schon, ich finde es schade das man nicht darüber diskutiert auf welchen Plätzen wirklich es sinnvoll und machbar ist, das man musikalische Darbietungen macht. Und darum geht's und um sonst eigentlich nichts anderes. Und das wäre eigentlich Kernpunkt gewesen und darum haben wir auch gesagt, wäre es gescheit alle zusammen an einen Tisch, weil dann wäre wahrscheinlich das heraus gekommen. Weil dann hätten wir vielleicht einen Akustiker beiziehen können, hätten wir Fachleute beiziehen können. Aber nur einfach zu sagen, oje da bekommen wir jetzt Gegenwind, jetzt tun wir wieder was um damit uns nicht der Teufel holt in den Medien, also das ist mir zu einfach und zu billig und dem kann ich mich auf gar keinen Fall anschließen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der nächste Redner, der Herr GR Lindlgruber. Bitte.

GEMEINDERAT ING. KURT LINDLGRUBER:

Hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, dass es sich bei dieser Verordnung darum handelt, die versteckte Bettelei zu legitimieren. Ja das sind schon alles Künstler die hier auftreten, und zwar Lebenskünstler die sich auf Kosten der Mieter und der Gewerbetreibenden einen Vorteil verschaffen. Und zwar diejenigen, die zahlen horrenden Mieten teilweise, um ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen und diese sogenannten Künstler oder Lebenskünstler stellen sich dort einfach gratis hin und geben hier ihre Darbietungen und belästigen damit andere Leute. Und das kann nicht der Sinn sein dieser Verordnung. Es macht sehr wohl einen Sinn junge Künstler zu fördern. Ihnen die Möglichkeit zu geben sich zur Bühnenreife zu entwickeln und einmal auf der Straße aufzutreten, aber nicht Menschen teilweise Jahrzehnte die Möglichkeit zu bieten dort aufzutreten und vielleicht nicht einmal Steuern zu bezahlen wie die Gewerbetreibenden. Darum lehne ich diese Verordnungsänderung ab und bin überhaupt dafür die ganze Verordnung abzuschaffen.

UNBEKANNTER ZWISCHENRUF:

Konkretes Verbot.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als Nächster zu Wort gemeldet der Koll. Schauer. Bitte!

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER:

Sehr geehrte Kollegen, geschätzte Gäste! Eine kurze Wortmeldung von mir. Lieber Herr Apfelthaler, sie haben relativ ausführlich ihre Meinung dargelegt, konkrete Vorschläge wie man den Interessensausgleich bewerkstelligen könnte habe ich von ihnen nicht gehört. Und wenn sie einen runden Tisch befürworten, dann ist das sehr schön, aber dann hätten sie auch unseren Antrag auf Absetzung unterstützen können und auch die Einsetzung eines runden Tisches unterstützen. Und eines finde ich schon sehr interessant. Wir diskutieren dieses Thema, der Antrag weil er so vorgetragen werden muss – wird vom Herrn Dr. Zöttl vorgestellt – und wir haben hier von keinem Vertreter der SPÖ gehört ...

UNBEKANNTER ZWISCHENRUF:

Lass dir Zeit, ist ja noch nicht aus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Es ist erst 16:10 Uhr.

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER:  
... naja die Debatte geht schon ein Stück weit ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
16:10 Uhr.

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER:  
... und der Antrag das zu ändern kam von der SPÖ. Wir haben noch nicht gehört, außer dass sie in der Zeitung gesagt haben lieber Herr Bürgermeister, wir nehmen das teilweise zurück, aber sie schweigen sich aus.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Ich bin ja da. Ich bin ja da.

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER:  
Und wir haben ja auch die Betroffene, wir haben auch Betroffene hier. Betroffen sind nicht nur die Musiker, sondern auch die Anrainer und die würden sich glaube ich auch wünschen, dass da ordentlich Stellung genommen wird und ich halte fest, der einzig konstruktive Vorschlag bis jetzt war der runde Tisch, das man sich da zusammen setzt und scheinbar gibt es da relativ wenig Interesse wirklich die verschiedenen Interessenlagen zu erörtern und dann zu einer vernünftigen Lösung zu kommen und deswegen muss ich sagen bin ich da sehr verwundert, dass das diesen Lauf heute nimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
Die Wortmeldung wäre okay gewesen, wenn wir schon am Ende der Debatte gewesen wären, aber nicht so.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Wünscht noch jemand das Wort?

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
Außerdem haben wir Damen auch in unserem Kreis, nicht nur Kollegen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Keine Wortmeldung mehr. Ich übergebe den Vorsitz, nachdem ich ...

UNBEKANNTER ZWISCHENRUF:  
War schon Schlusswort

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
War Schlusswort. Na schau. 16:10 Uhr nicht ganz.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Ich übernehme den Vorsitz und jetzt erteile ich dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also nur ganz kurz zum Koll. Lindlgruber. Die Bettelei wollen und können wir gar nicht legitimieren, denn die Bettelei ist ein Menschenrecht um milde Gaben zu bitten. Da brauche ich keine Verordnung, weder pro noch kontra. Das nur einmal als Grundsatz, das bitten um eine milde Gabe ein Menschenrecht ist. Und wir reden hier von der Straßenmusikerverordnung. Und wir reden hier von einer Verordnung die es erstmalig gibt, die wir jetzt abändern wollen und ich möchte mir gar kein Federl auf den Hut stecken – bin auch kein Hutträger – aber die SPÖ war es die gesagt hat wir sollten doch Regeln einführen, weil wir bis Dato, bis zum März dieses Jahres gar keine Regeln gehabt haben, sondern nur Empfehlungen. Und weil wir natürlich seit Jahren die Meinung und die Beschwerden aus Enge, Stadtplatz von jenen Anrainern und Gewerbetreibenden hören, die sich dort von dieser Musik bewusst und richtigerweise zum Teil belästigt fühlen. Das ist ja nicht irgendetwas was es gerade so gekommen ist und ich war es der dieses Thema in die Fraktionsvorsitzendenkonferenz gebracht hat. Und ich war es der gesagt hat machen wir Regeln, damit wenigstens die Exekutive – und das war nämlich der Wunsch der Exekutive, wie ich einmal die Exekutive besucht habe hat es geheißen, wir bräuchten Regeln um da einschreiten zu können, weil sonst werden wir immer angerufen und können nichts tun. Daraufhin haben wir über zwei Monate diskutiert und sind zu einem Regelwerk gekommen. Und darum bin ich ja bass erstaunt, dass die ÖVP jetzt so tut was das für ein Schnellschuss war. Und wie wenn sie nicht dabei gewesen wären. Und wir müssen sich die Zonen anschauen. Wir müssen ...

*Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR<sup>in</sup> MMag. Frech!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...wir müssen uns. Im März warst dabei. Wir müssen uns einmal Zonen überlegen wo denn musiziert werden kann. Das haben wir uns zwei Monate überlegt. Es gibt einen Plan bei der Verordnung mit vier Zonen. Da habt ihr ... Darf ich.

*Unverständlicher Zwischenruf einer Besucherin!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ihr dürft leider nichts sagen (*Richtung Besucherin*).

*Gelächter!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich komme zu dem Thema noch. Ich bin jetzt da eher bei der ÖVP. Wie wenn wir die Zonen erfunden hätten und ihr wart nicht dabei. Es ist ja wirklich absurd. Es ist unglaublich.

UNBEKANNTER ZWISCHENRUF:

Aber von uns ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir haben A, B, C, D. Nein, na eh nicht. Das haben wir festgelegt. Und das war ein Schnellschuss über zwei Monate wo ihr ich weiß nicht in der Pendeluhr geschlafen habt und jetzt auf einmal gibt es einen runden ...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Können wir wieder auf ein normales Gesprächsthema ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Pendeluhr, schlafen ist nichts Schlechtes. Ihr wart ...

*Gelächter!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein wirklich. Der Kollege ...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

.. die Gesprächskultur ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Liebe Michaela, der Koll. Mayrhofer hat einen DDR-Vergleich gebracht. Ich meine das ist peinlich. Pendeluhr ist was Nettes und was Bodenständiges.

*Applaus!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Aber um bei der Sache zu bleiben. Zwei Monate und dann haben wir ein Regelwerk beschlossen. Mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP. Noch einmal zu den Anrainern. Seit Jahren wissen wir das. Es gibt Unterschriftenlisten genug das wir da was tun sollen. Endlich tun wir was und wir kommen zu einem Ergebnis und seit Juni gibt es die Verordnung und sie funktioniert.

DIVERSE ZWISCHENRUF:

Eben nicht!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bin am Wort. Die funktioniert nicht perfekt, aber wir haben erstmals Regeln und ich höre jetzt von den Anrainern; dass es zu wenig exekutiert wird. Aber es gibt trotzdem erstmals Regeln. Ich garantiere ihnen, auch wenn wir so wie es jetzt in diesem Antrag heißt auf sechs Tage die Möglichkeit schaffen spielen zu lassen, werden wir diese Verordnung mit den Regeln die es noch nie gegeben hat – seit Juni gibt sie sie – durchsetzen und mit Verwaltungsstrafen dafür sorgen, dass das auch funktioniert. Nämlich auch der Wechsel der halbstündige. Ich höre das geht nicht, die machen was sie wollen, wobei wenn man sagt die – ich habe mir die Liste der Straßenmusiker angesehen die seit Juni bis jetzt gespielt haben – wie viele Musiker glauben sie am Tag haben sich Platzkarten gelöst? Wie groß war die Invasion der

Straßenmusiker die im Endeffekt Steyr überschwemmt haben pro Tag? Was meinen sie?  
Nur Schätzung. 10-15-20?

*Diverse Schätzungen!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Zwei! Immer ...

Unverständliche Zwischenmeldungen!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Zwei! Zwei! Natürlich ...

*Unverständliche Zwischenmeldung einer Besucherin!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Leider, leider, wir können nachher reden (*in Richtung der Besucherin*). Natürlich ist es lästig und das verstehe ich auch, weil gerade die zwei immer in der Enge spielen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
Wir müssen uns an die Geschäftsordnung halten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Ja. Dürften sie aber nicht. Dann kann man sagen, ich habe gerade um 14:00 Uhr nach deinem Einwurf die Polizei sagt wir sind nicht zuständig, mit dem Oberstleutnant Moser gesprochen. Der sagt, da seid ihr offensichtlich auf den Falschen gekommen. Sie können natürlich nicht wegen der Verordnung einschreiten, aber sie können einschreiten, weil es eine Verordnung gibt wenn die nicht weggehen. Wir werden das umsetzen. Der Magistrat und die Polizei werden dafür sorgen, wer sich nicht an die Regeln hält, die Platzkarte verliert und den Standort wechseln muss. Und wir werden uns das anschauen, das verspreche ich und das sind die Regeln die sie nie gehabt haben. Es ist jetzt schon eine deutliche Verbesserung eingetreten. Das müssen sie bemerkt haben. Noch einmal, wir haben ausgegeben zwei Stück spielen jeden Tag – maximal. Zwei Personen, davon sind Gruppen einige immer dieselben. Die zwei – Konecovsky und sein Partner und noch einer – damit wir wissen was wir reden, weil man hatte das Gefühl in der Diskussion das hunderte Straßenmusiker in Steyr unterwegs sind. Und zu dieser Öffnung. Natürlich ist es mir wichtig, dass wir als Stadt Steyr nicht ein so ein negatives Image umgehängt bekommen, wo man sagt das sind die Kunstba-  
nausen, die Freiheit der Kunst ist in Gefahr und in Steyr darf keiner musizieren, da wird alles in Frage gestellt. Natürlich ist mir das als Bürgermeister ein Anliegen. Das muss aber und ist sicherlich auch euch ein Anliegen, dass das positiv erhalten bleibt. Und noch einmal, das ist glaube ich ein vertretbarer Kompromiss mit der Zusage und der festen Zusicherung, dass wir diese Regeln die es vorher nicht gegeben hat und an die sich offensichtlich jetzt auch die zwei noch nicht halten, wir werden sich umsetzen. Und wir werden auch strafen und werden ihnen sagen, wenn diese Regeln nicht eingehalten werden ist mit verwaltungsstrafen bis zu EUR 218,- zu rechnen. Und dann werden wir schauen wie oft sich die Leute oder wer auch immer das ist dann nicht an die Regeln halten. Nur, es ist wie beim Radar, wie beim schnell fahren, im Endeffekt muss man zahlen und dann überlegt man es sich. Und denke ich, dann ist ein Schritt erfolgt. Bei der ersten Verordnung die wir mit der ÖVP beschlossen haben, mit

den Plätzen und und und – schon gesagt – es wird eh nicht so leicht werden das umzusetzen. Und leicht ist es nicht und da bin ich ganz kurz ganz beim Apfelthaler Kurt, natürlich ist es nicht leicht. Und da gibt es immer eine Grauzone. Aber ich glaube das ist ein Weg in die richtige Richtung und erstmals gib es diese Regeln. Seit 20 Jahren und kein Hefterl, sondern ganz klar und wir werden das umsetzen und durchsetzen auch in ihrem Interesse, dafür verbürge ich mich. Das werden wir tun. Und wenn wir unsere Leute, unsere Magistratler dafür abstellen, das einer durchgeht und sagt, der nicht, der nicht. Sie werden eine Nummer bekommen um das konkret zu machen.

*Unverständlicher Zwischenruf einer Besucherin!*

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Nein, leider, leider (*in Richtung der Besucherin*). Sie werden eine Nummer bekommen alle die die es möchten. Von mir aus eine Hotline, wo sie anrufen können und sagen der Herr XY, oder vor meinem Haus spielt schon seit 40 min. Und dann wird die Anzeige erstattet und dann wird gestraft werden und der oder die werden das nächste Mal dort nicht stehen, weil sie keine Platzkarte bekommen. Das war vorher alles nicht möglich. Und jetzt machen wir es. Und noch einmal, wie gesagt verwundert bin ich nicht über die anderen Wortmeldungen, das kennt man diese Vermischung mit Bettelei und Straßenmusik, verwundert bin ich über die ÖVP die eigentlich die erste Verordnung mit uns mitgetragen hat, die Regeln aufgestellt hat und jetzt so tut wie wenn die Regeln sowieso klar war, dass das ein Blödsinn ist und nicht passen und die Orte waren auch falsch.

*Unverständlicher Zwischenruf!*

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Und zum runden Tisch. Der runde Tisch ist ja wirklich – der Kreisky hat schon gesagt „wenn ich nicht mehr weiter weiß mach ich einen Arbeitskreis“. Der runde Tisch um die Meinungen zu diesem Thema abzufragen, wo wir über Jahre alle Argumente schon am Tisch haben, wer glaubt denn, was soll denn raus, es gibt ja bei dieser Geschichte nicht die reine Wahrheit. Es gibt die subjektive Meinung in der Enge nicht. Verstehe ich, wenn ich dort wohne, wenn ich es mir aussuchen kann, dort nicht ja. Dann gibt es vielleicht auch die subjektive Meinung auch am Stadtplatz nicht oder vor meinem Haus nicht. Die Stadt muss es ein bisschen breiter sehen und mit diesen Regeln denke ich versuchen wir einen gangbaren Weg und legen einen kleinen Seitstepp ein. Der ist legitim und ich bin überzeugt davon, dass diese Tage die wir jetzt noch aufmachen – und wir reden ja nicht von Tagen, sondern von Stunden - erstmalig gibt es ja Stundeneinschränkungen. Von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr. Bis zum Juni haben sie spielen können so lange sie wollten. Auch das ist Geschichte. Wenn es so ist wie ich gehört habe, dass es nicht durchgesetzt wird, dann werden wir es durchsetzen. Und sie werden das spüren und es wird deutlich besser werden. Das verspreche ich. In dem Sinn ersuche ich um Beschlussfassung.

**VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:**

Danke! Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Referent ein Schlusswort?

**STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:**

Bitte, ja! Danke! Grundsätzlich ist ja alles gesagt. Alle ...

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
Der Referent ist noch der ...

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:  
Grundsätzlich ...

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:  
Ich gebe den Vorsitz an Herrn Bürgermeister zurück.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:  
Grundsätzlich haben alle ihre Stellungnahme abgegeben. Zu den GRÜNEN möchte ich sagen, wir würden natürlich sehr gerne das dem Kulturausschuss übertragen diese ganze Sache. Da können sie dann dort diskutieren ob der Herr Apfelthaler mit seinem Dudelsack spielen will oder nicht.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Bezirksverwaltungs-, Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten vom 15. Oktober 2014 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom . .2014, mit der die Verordnung des Gemeinderates der Stadt vom 15. Mai 2014 betreffend die Darbietung von Straßenmusik (Steyrer Straßenmusikverordnung 2014) geändert wird, genehmigt.

Die Verordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit dem Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft.

*Unverständlicher Zwischenruf von GR Apfelthaler + Gelächter!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung – hat sich somit erübrigt? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Bedanke mich für die angeregte Diskussion und sage noch einmal, wir werden diese Verordnung durchsetzen. Auch mit ihrer Hilfe. Wir werden anzeigen und die Verwaltungsstrafen verhängen und dann wird sich das einspielen. Gut, dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt und ich darf den Dr. Zöttl um den letzten Punkt ersuchen. Bitte.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **36**

Zustimmung: **22**

**SPÖ 19** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Walter Oppl, Vbgm. Wilhelm Hauser, StR<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR Ernst Esterle, GR<sup>in</sup> Helga Feller-Höllner, GR<sup>in</sup> Monika Freimund, GR Kurt-Werner Haslinger, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR Mag. Gerhard Klausberger, GR<sup>in</sup> Erika Loibl, MAS, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner)

**GRÜNE 3** – (GR Kurt Apfelthaler, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Gegenstimmen: **14**

**WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8** – (Vbgm. Gunter Mayrhofer, GR<sup>in</sup> Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Mag. Wolfgang Glaser, GR Ing. Wolfgang Hack, GR<sup>in</sup> Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**FPÖ 6** – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber, GR Hans Payrleithner)

**11) VerKRP-2/14                      Schutzwege VLSA Haratzmüllerstraße bzw. Münchenholweg und Kellaugasse.**

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

In meinem letzten Punkt geht es um die Übernahme der anteiligen Kosten für die Errichtung der Ampelanlage auf der Haratzmüllerstraße durch das Land OÖ. Ich möchte gleich vorweg sagen, dass diese Straße eine Landesstraße ist. Es wurden die zwei bestehenden Übergänge für Fußgänger mit Druckknopfampeln ausgestattet. Zum einem aus Verkehrssicherheitsgründen, zum anderen weil mit der Straßengesetznovelle 2008 zu einer Übertragung der Erhaltungskosten von Verkehrseinrichtungen auf Landesstraßen auf die Gemeinde zukommt. Bis jetzt gibt es gesetzlich geregelte Kostenteilung zwischen Land und Stadt, somit hat die Stadt die Verpflichtung zur Übernahme von 50 % der Kosten. Ich ersuche daher um Freigabe der notwendigen Mittel in der Höhe von EUR 78.616,--.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 20. August 2014 wird der Mittelfreigabe zur Begleichung der aufgelaufenen Kosten für die Errichtung der Schutzwegverkehrslichtsignalanlagen Kellaugasse und Münchenholweg, zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von EUR 78.700,-- bei der VAST. 5/640000/770000 "Kapitaltransferzahlungen an Bund- und Bundesfonds" freigegeben. Dafür wird Kreditübertragung in Höhe von EUR 35.000,00 von der VAST 5/031000/728000 „Stadtentwicklung und Stadtplanung Entgelt für sonstige Leistungen und Verkehrsplanung auf die VST 5/640000/770000 "Kapitaltransferzahlungen an Bund- und Bundesfonds" zugestimmt. Die auf die Rechnungssumme fehlenden Mittel in Höhe von EUR 43.616,12 sind im Voranschlag 2015 vorzusehen

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Bitte Gunter.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Antrag haben wir schon des Öfteren diskutiert. Fraktionsvorsitzenden, Stadtsenat und wir haben, wir allen damit eigentlich nicht glücklich, weil die Erstinformation war, das passiert ganz einfach, wir haben das gar nicht gewollt. Das Land macht das und wir müssen zahlen. Dann hat es geheißen, nein das war schon ein Wunsch der Stadt auch, das ist im Verkehrsausschuss so beschlossen worden. Und das ist auch so an das Land weiter gemeldet worden. Das haben wir dann im Stadtsenat hinterfragt. Dann hat es geheißen, nein es hat keinen Beschluss gegeben im Aus-

schuss. Das heißt, es ist nicht abgestimmt worden, es ist keine Meinungsbildung herbeigeführt worden. Und es hat auch geheißen, nein die Stadt hat nicht beim Land gesagt wir wollen das.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Kein Bescheid. Entschuldigung.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

So. Jetzt fragen wir beim Land nach bei der zuständigen Abteilung und die sagen wir verstehen die Aufregung nicht. Einen Tag nach diesem Verkehrsausschuss haben wir ein Schreiben der Stadt bekommen das die Stadt Steyr das möchte. Und dem haben wir entsprochen und die Teilung der Kosten die liegt klar auf, die liegt fest. Warum regst euch ihr überhaupt auf? Und jetzt verstehe ich die Welt nicht mehr. Wenn der Referent einmal sagt, es ist beschlossen worden, dann vor dem Tonband im Stadtsenat sagt er nein es ist nicht beschlossen worden. Nein es ist nichts gemeldet worden nach Linz und dann erfahren wir, na selbstverständlich ist das alles passiert. Es gibt nur keinen wirklich rechtsgültigen Beschluss dafür. Die Stadt ist jetzt mit Kosten konfrontiert. Jetzt können wir im Nachhinein zahlen für etwas, wo ich nicht sicher bin ob wir in so kurzen Abständen hintereinander auf einer Umfahrungsstraße wirklich diese Ampelanlagen so möchten. Im Nachhinein etwas zu korrigieren, weil ganz offensichtlich etwas hier schief gelaufen ist, also dem können wir mit Sicherheit nicht die Zustimmung geben. Und Herr Bürgermeister zu zuerst noch. Einen runden Tisch mit einem Arbeitskreis zu verwechseln, ich glaube das ist in der Hitze des Gefechtes passiert, weil ein Arbeitskreis würde bedeuten wir Internen setzen uns zusammen und der runde Tisch hätte eigentlich eines machen sollen, das die Bürger und die Künstler gemeinsam mit den Gremien zusammensetzen.

*Diverse Diskussionen untereinander!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Aber ein Arbeitskreis setzt sich aus jenen Mitgliedern zusammen die eingeladen sind, oder? Aber ist eine Neben...

*Diverse Diskussionen untereinander!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte Herr Gemeinderat Eichhübl, sie, du bist am Wort.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste! Nach mehrmaligen ergebnislosen Versuchen den Radweg oder die Verbindung des Radwegenetzes gegenüber der Stadteinfahrt zu verhindern bläst nun offensichtlich die gemeinsame Fraktion ÖVP und Bürgerforum neuerdings zum Halali gegen unseren Stadtrat Dr. Zöttl. Würde aber dringendst raten Herr Koll. Mayrhofer – habe das jetzt natürlich nur sinnbildlich gemeint – was ich jetzt gesagt habe oder noch sagen werde. Man muss aufpassen, dass man nicht jetzt die eigenen Leute vor den Vorhang holt. Sei es hier in einer Abteilung des Magistrates oder auf Landesebene und die unter nach ihrer Wortmeldung nach jetzt unter Beschuss geraten. Meine natürlich nur sinnbildlich und vor allem mein ...hinweis. Ich meine natürlich verbal unter Schuss geraten und nicht weidmännisch. Ich sage das deswegen bewusst, weil sie ja diesen sehr von mir geschätzten Weiberg nachgehen. Meine Damen und

Herren des Gemeinderates, es ist wirklich sehr eigenartig wenn man sich jetzt die verschiedenen Meinungen anhört. Offensichtlich ist es auch ihnen nicht gelungen Herr Mayrhofer Klarheit wer was an Linz gemeldet hat oder überhaupt etwas nach Linz gegangen ist in Bezug auf die Errichtung der Festsignallichtanlagen in der Haratzmüllerstraße. Ich jedenfalls kann mit wirklich eigener Überzeugung, nicht nur weil es unser Referent ist, darauf hinweisen und das ist auch nachvollziehbar, das von Seiten des Stadtrat des Zöttl in keinster Weise irgend ein Auftrag ergangen ist oder ein Wunsch nach Linz gemeldet wurde zwei Verkehrslichtsignalanlagen in der Haratzmüllerstraße, die den Fußgängern oder der Sicherheit der Fußgänger dienen, zu konstruieren und zu errichten. Allerdings muss ich schon auch einschränkend dazu sagen, ich bekenne mich allerdings schon für diese Sicherheitsmaßnahme, denn wie wir wissen hat es sogar schon mehrere Tote in diesem Bereich gegeben. Das waren Fußgänger und ich halte es glaube ich durchaus für gerechtfertigt diese Summe, auch wenn ich noch darauf zu sprechen komme, wie diese Summe entstanden ist, das wir diese Summe ausgibt und wie gesagt ein Menschenleben zu retten. Und wenn es auch nur eines ist. Das sei von meiner Seite aus wirklich sehr deutlich auch unterstrichen. Es ist ja meines Wissens so gelaufen, dass es noch vor der Sommerpause, sofern es die überhaupt gibt, ich habe es nicht festgestellt aber immerhin sie soll es geben, vor der Sommerpause hat es einen Gesprächstermin gegeben von Seiten der Fachabteilung für Verkehr und einem Vertreter der dafür zuständig ist in einer Abteilung des Landes. Dieser Gesprächstermin hätte dazu dienen sollen um einmal grundsätzlich die Frage zu erörtern oder festzustellen. Errichtet man überhaupt diese beiden Fußgängerampeln und vor allen Dingen was kosten diese beiden Ampeln? Und da ist halt im Vorgespräch, sind ja keineswegs diese hohen Zahlen die vorhin der Koll. Zöttl erwähnt hat, im Gespräch gewesen, sondern etwa 50 % davon wenn ich mich richtig erinnere. Und nun muss man auch sagen geht's ja nicht nur darum wer hat den Auftrag erteilt, sondern es sind auch wesentlich höhere Kosten entstanden. Aber wie gesagt nochmals. Es ist mit Sicherheit festzustellen also das dieser Angriff auf den Koll. Zöttl völlig ungerechtfertigt ist, da er in keinster Weise irgendwelche Aufträge erteilt. Ich betone das nochmals und man sollte sich wirklich gut überlegen ob man da nicht eigene Leute attackiert. Herr Koll. Spöck darf ich mich an sie wenden. Herr Koll. Spöck ich glaube auch das da in irgend einer Form Tiefbau mitbeteiligt ist daran. In welcher Größenordnung ist mir nicht bekannt. Vielleicht können sie als zuständiger Referent dazu etwas sagen, was da tatsächlich und wer da tatsächlich dahinter steckt. Wie gesagt, ich finde es einfach nicht korrekt hier irgendwelche Dinge zu verbreiten die im Grunde genommen dann womöglich gar nicht stimmen. Und mit Sicherheit stimmt der Vorwurf an den Koll. Zöttl keinesfalls. Vielleicht können sie sagen wie weit der Tiefbau, also ihre Mitarbeiter, daran beteiligt sind. Ich möchte da wirklich niemanden in die Bredouille bringen, aber so es sich einfach zu machen und nur wiederum weil einem vielleicht der Radweg nicht gepasst hat jetzt wiederum einen neuerlichen Angriff auf den Koll. Zöttl zu statten, das möchte ich wirklich leidigst.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke! Gibt es noch eine Wortmeldung? Bitte Gunter.

**VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:**

Ich glaube der Koll. Eichhübl da hat jetzt irgendetwas missverstanden, wenn er uns auffordert etwas aufzuklären was eigentlich im Aufgabenbereich des Referenten liegt. Weil von ihm hätten wir uns gewünscht und haben es auch verlangt das er uns aufklärt was tatsächlich geschehen ist. Das konnte er in zwei Sitzungen nicht. Uns hat genügt ein Telefonat nach Linz. Wir haben mit dem zuständigen Herren, das können wir ganz offen sagen das ist der Herr Hammer, gesprochen und wer das Schreiben von uns hinüber geschickt hat ist der Herr DI Froschauer. Und ich glaube dieser Beamte ist sehr wohl dem Koll. Zöttl bekannt. Und mir geht es jetzt darum. Wer trägt die Verantwortung, wenn irgendjemand einfach sich bemüßigt fühlt ohne einen Auftrag zu erhalten, ein Schreiben hinüber zu schicken das uns im Endeffekt das Geld hier kostet? So kann es nicht gehen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Michaela? Oder noch eine Wortmeldung?

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:  
Nein, nein. Bitte, bitte. Ich bringe die Aufklärung dann schon nachher hinein.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Kannst es gleich machen.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:  
Nein, nein, nein.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich bin in dieser Causa ja gar nicht involviert. Mir fällt nur – ich bin auch nicht Mitglied im Verkehrsausschuss und so weiter und so fort, bin auch nicht im Stadtsenat, nicht zuständiger Referent oder nicht zuständiger Referent, wie auch immer – aber mir fällt einfach auf, wenn ich mir das so anschau was da gelaufen ist, das es schon sehr interessant ist, das jetzt etwas gebaut wird wo es keinen wirklichen Beschluss anscheinend gibt seitens der Stadt Steyr, der von einem legitimierten Gremium gefasst war, das nämlich im Vorfeld. Das wir von EUR 78.000,--, das wir von über EUR 78.000,-- sprechen die jetzt zu zahlen sind, die der Steuerzahler zu zahlen hat ...

*Unverständlicher Zwischenruf von Vbgm. Gunter Mayrhofer.*

... noch dazu vor dem Hintergrund nachdem heute der Kulturausschuss schon ein paar Mal angesprochen worden ist. Über solche Summen können wir gar nicht diskutieren im Kulturausschuss, weil da diskutieren wir inzwischen über EUR 100, EUR 200,-- oder EUR 300,-- die wir gar nicht haben. Und dann finde ich es schon ganz interessant, dass da etwas gemacht wird ...

*Unbekannter und unverständlicher Zwischenruf.*

... warum das jetzt so ist weiß eigentlich keiner. Beschlossen werden soll aber das der Steuerzahler jetzt letztlich fast EUR 80.000,-- bezahlt für etwas das hier herinnen gar nicht beschlossen worden ist. Das sehr ich ehrlich gesagt nicht wirklich ein und die ganze Sache ist aufklärungsbedürftig. Wobei ich mir denke, es geht nicht darum jetzt irgendjemanden Konkreten – ausmeiner Sicht zumindest – eine Schuld zuzuweisen, sondern es geht darum, das solche Dinge nicht passieren und es ist ja leider nicht das erste Mal das wir solche Vorfälle haben. Und da sollte man vielleicht doch schon hin und wieder einmal aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Also mir ist leid um das Geld ... *(letzter Satz wurde während des Verlassens des Rednerpults gesprochen).*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Als Nächster zu Wort gemeldet der GR Kaliba. Bitte Thomas.

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:

Ja liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte da jetzt eh nicht Öl ins Feuer gießen. Alleine für mich, ich bin im Verkehrsausschuss, ist es schwierig nach jetzt so langer Zeit noch zu sagen, was haben wir da wirklich gesprochen. Im Grunde genommen ist es meiner Meinung nach gut, dass das errichtet worden ist weil es in Richtung Sicherheit gegangen ist, aber jetzt zu sagen, wer ist schuld, wer hat jetzt was weiter gegeben und so, ist für mich schwierig, weil es natürlich – und dieser Vorwurf geht schon in deine Richtung – es für uns nicht einfach ist und wahrscheinlich auch für die Beamtenschaft nicht einfach ist, wenn Protokolle von Sitzungen wie zB die März-Sitzung, das haben wir glaube ich im September oder im Oktober haben wir das Protokoll bekommen, dann sich noch zu erinnern was ist da jetzt wirklich gesprochen, wie ist die Vorgangweise ausgemacht worden, fällt einem Jeden schwer, weil so, weil es ist oft nicht möglich sich im Detail zurück zu erinnern. Vielleicht kann man da ein bisschen in Zukunft das ein bisschen forcieren, das diese Protokolle schneller Allen zur Verfügung gestellt wird. Dann kann man wahrscheinlich viel Irritationen und Missverständnisse ausräumen. Aber im Grunde denke ich mir ist es eine gute Sache Richtung Verkehrssicherheit, dass diese Ampeln da errichtet worden sind.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet der Herr Vbgm. Oppl. Bitte Walter.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste! Ich möchte mich da zum Letztgesagten vom Koll. Kaliba anschließen. In dieser Ausschusssitzung ist das Projekt präsentiert worden und es ist zu 90 % ausschließlich - und das wird mir jeder bestätigen – um die Verkehrssicherheit gegangen. Und das war auch die Intention das wir gesagt haben, auch wenn es viel Geld kostet werden wir das wohl machen müssen. Es ist aber kein Beschluss gefasst worden. Das dann aufgrund von dieser Besprechung ein Schreiben vom Amt, außerdem hätten wir es gar nicht beschließen können, nach Linz rüber gegangen ist und ich kenne den Herrn Hammer persönlich nicht, habe schon einen Kontakt gehabt in meiner Zeit als Verkehrsreferent und da habe ich ihn als sehr, sehr seriösen Menschen kennen gelernt. Überhaupt keine Frage. Nur was jetzt der Koll. Froschauer in dem Schreiben formuliert hat und wie es dann der Herr Hammer dann interpretiert hat, das müssten wir, wäre auch nicht uninteressant heraus zu finden.

*Unverständliche Diskussion untereinander!*

Ein Faktum ist, dass das nicht offensichtlich sondern sehr wohl ein bisschen etwas durcheinander gelaufen ist. Okay. Aber Faktum ist aber auch das wir uns grundsätzlich einmal einig waren das wir diese zwei Verkehrslichtanlagen machen wollen. Es ist dann ein Formalfehler passiert. Und das war es. Also wir diskutieren jetzt nicht um die Notwendigkeit. Brauchen wir die zwei Anlagen oder nicht? Weil das haben wir ausdiskutiert gehabt das wir es wollen. Im Verkehrsausschuss, die Mitglieder des Verkehrsausschusses. Und da waren wir uns alle einig. Alle Fraktionen. Also geht's, diskutieren wir jetzt rein um den „Fehler“ der da offensichtlich passiert ist. Wer hätte denn da Schuld? Ein Faktum ist noch einmal, wäre es so abgelaufen wie wir es jetzt diskutier haben, das wir vorher schon, wir waren der Meinung das es eh passiert, aber ich wiederhole mich jetzt. Da denke ich mir, dort wo gearbeitet wird fallen Späne. Dort wo Späne fallen können Fehler passieren.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Darf ich noch ein bisschen um Aufmerksamkeit ersuchen, wir sind schon im Finale.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Nennen wir das so bitte schön nicht und wir müssen es sowieso beschließen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als Nächster zu Wort gemeldet der GR Kaufmann. Bitte Reinhard. Und wenn möglich noch die Zwiegespräche ein bisschen einstellen.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja jetzt sage ich auch noch zwei Sätze zu dem Thema. Wie immer es gelaufen ist, sei es drum, wir sind uns einig gewesen das es sicherheitsmäßig sinnvoll sowohl für Fußgänger wie auch für Autofahrer – ich fahre dort auch hin und wieder – und es ist angenehmer grün oder rot zu haben, als genau schauen zu müssen und das ist dort nicht sehr übersichtlich ob Fußgänger warten oder daher kommen und was die wollen oder nicht. Das ist das Eine. Und das Andere, wenn mich richtig entsinne, gab es ja in der Haratzmüllerstraße kürzlich Grabungsarbeiten, wo die Fernwärmeleitung hinein gelegt wurde und danach wurde die Straße saniert. Also ich möchte mir nicht anhören, was wir zu hören bekommen hätten, wenn die Straße saniert worden wäre und zwei Monate später wäre ein Brief nach Linz gegangen wir hätten dort jetzt gerne zwei Lichtsignalanlagen und mit allem Drum und Dran was das braucht. Also das in einem Aufwaschen gemacht wurde ist als Ergebnis jedenfalls auch in Ordnung. Auch wenn vielleicht in der, im Vollzug da und dort ein Formalfehler passiert haben sein mag. Aber ich glaube vom Ergebnis her können wir sagen, es passt so und das es halt auch etwas kostet Sicherheit im Straßenverkehr, so groß ist die Summe da jetzt auch wieder nicht, das wir das nicht – es wurde darauf hingewiesen Menschenleben sind uns hoffentlich viel mehr wert als das das da jetzt gekostet hat.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Kaufmann geben sie mir das. Ich unterschreibe ihnen das.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der Herr Vbgm. Hauser, den drängt es unbedingt noch etwas zu sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja ich muss ... das habe ich im Stadtsenat schon gesagt und es wollte keiner hören.

*Gelächter!*

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Es ist so! Weil der Herr Mayrhofer verweigert das nämlich auch. Das muss man klar dazu sagen. Die Haratzmüllerstraße wurde 4-spurig ausgebaut. Es gibt keinen Schutzweg bei einer 4-spurigen Straße mit Blinkanlage und es ist Vorschrift eine Ampel zu errichten und daher gibt es überhaupt keine Diskussion ob wir das wollen oder nicht. Und wenn es bis jetzt keiner begriffen hat von denen die im Stadtsenat gesessen sind oder nicht wahrhaben wollen, jetzt wisst es ihr auch!

*Gelächter!*

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Und daher ist es so und wenn es rechtlich eine Vorschrift dafür gibt dann ist das umzusetzen. Und ich schaue mir an wer die Verantwortung dafür übernimmt wenn es dort einen über den Haufen fahren, der ist tot, weil er vorher gesagt hat wir haben eh keinen Beschluss gebraucht.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Darum brauchen wir zwei Ampeln mit 50 m Abstand.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für die sehr emotionale Darbietung. Möchte noch ...

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Also einen Zwischenruf darf ich schon machen lieber Fraktionsfreund Willi Hauser. Begriffen haben wir das schon, aber ...

*Gelächter!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also zum Protokoll – es haben alle im Stadtsenat begriffen.

*Gelächter!*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Bitte Herr Dr. Zöttl. Helmut.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

Danke! Nachdem ich persönlich vom Herrn Mayrhofer angegriffen worden bin muss ich da jetzt ein bisschen eine Klarstellung hinein bringen. Da muss ich die Historie einmal genauer betrachten. 2010 ist die erste Information vom Land OÖ vom Herrn besagten DI Hammer mit einem Telefonat mit DI Froschauer drauf aufmerksam gemacht worden, dass die Straßengesetznovelle 2008 eine Änderung herbei führt. Wir ersparen uns den Text, ich gehe gleich weiter. Im Dezember 2013 ist ein Schreiben vom Land OÖ gekommen, dass die Straßengesetznovelle 2008 § 12 Abs. 2 und 3 und § 22 Abs. 3 in Kraft treten werde und somit die Erhaltung der Verkehrssicherungseinrichtungen auf Landesstraßen in die Erhaltung der Gemeinden übergehen werden. Es gab auch Hinweise das diesen beiden Übergängen an der Haratzmüllerstraße auf Höhe Münchenholzweg und Kellaugasse nicht mehr der Verkehrssicherheitsrichtlinien entsprechen so wie es der Hauser Willi gerade gesagt hat bezüglich der 4-Spurigkeit und daher dringender Handlungsbedarf besteht. Es gab aus der Sicht des Landes zwei Alternativen, die auch im Verkehrsausschuss im Jänner 2014 wo auch die ÖVP anwesend war behandelt worden sind. Da hat es diese zwei Alternativen gewählt gegeben. Entweder Auffassung der beiden Übergänge oder zeitgerechte Erneuerung. Wir haben das dann auch im Jänner gleich diskutiert. Aber ich möchte vorab noch etwas sagen. Hier war für die Errichtung der Druckknopfanlagen eine Kostenschätzung von EUR 30.000,- bis EUR 50.000,- Anteil von der Stadt die Rede und somit die letztmalige Möglichkeit eine 50-50, also eine Kostenteilung, für die Stadt zu lukrieren, weil bei einer späteren Errichtung hätte die Stadt 100 % selbst tragen müssen. Wir haben natürlich dann im Jänner 2014 das sofort auf die Ausschuss, auf die Tagesordnung der Verkehrsausschusssitzung gegeben und dort

behandelt. Dort wurde die Errichtung von Druckknopfampeln von beiden, von Seiten der Polizei ausdrücklich begrüßt, weil es sich dort um Unfallhäufungsstellen handelt und sogar die gesetzliche Verpflichtung besteht dort etwas zu machen. Auch von Seiten des techn. Sachverständigen des Landes OÖ wurde das begrüßt, weil er selbst gesagt hat oder geschrieben hat, es ist nur mehr eine Frage der Zeit bis wir den ersten Toten dort zu beklagen haben, der allerdings eh schon, gibt's leider schon. Im Verkehrsausschuss wurde der fachliche Vorschlag der Umgestaltung der beiden Schutzwege einstimmig angenommen bzw. auch mit den beiden Stimmen der ÖVP. So viel zur Information. Ich weiß nicht was ihr in der Fraktion macht's oder.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Ich habe dich gefragt ob abgestimmt worden ist und du hast gesagt nein.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

Im März 2014 ...

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Es gibt ein Tonbandprotokoll davon, kannst du dir selber anhören.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

Ja, ja. Im März 2014 hat es dann von Seiten der Verkehrsabteilung ein Schreiben an die Straßenbauabteilung des Landes OÖ gegeben mit dem Inhalt des Verkehrsausschusses das es positiv abgestimmt worden ist und mit der Bitte um einen möglichen Zeitplan bzw. der Finanzierungsplan. Erst im Mai 2014 hat es dann vor Ort mit den Fachleuten eine Besprechung gegeben und da war auch erstmals der Tiefbau der Stadt Steyr anwesend. Sozusagen ist das auch in den, übergegangen an den Tiefbau. Da hätte eigentlich der Tiefbau das erste Mal Bedenken äußern müssen über die Finanzierung und dergleichen was mir jetzt vorgeworfen wird. Am 11. Juni ist der Bescheid für die Kostenteilung 50-50 – das was der Herr Mayrhofer angesprochen hat – von der Behörde Steyr an die Tiefbauabteilung der Stadt Steyr und an das Land OÖ gegangen. Am 23. Juni hat dann eine neuerliche Kostenschätzung für den Anteil der Stadt Steyr ist dann gekommen von Linz von EUR 120.000,--. Also wesentlich darüber. Die Verkehrsabteilung hat natürlich sofort reagiert und hat die Errichtung der Ampeln zurücksetzen wollen bzw. den Verkehrsausschuss heuer im Herbst 2014 mit dem Sachverhalt und den Mehrkosten konfrontieren wollen. Bis auf die Leerverrohrungen und Fundamente, weil wir ja wissen das die Haratzmüllerstraße asphaltiert worden ist und da hätten wir das noch hinein bringen wollen. Das Land hat aber nicht mehr reagiert und die Ampeln im August installiert. Demnach war das Land etwas schneller als wie wir. Wir haben aber dann trotzdem mit Nachverhandlungen statt EUR 120.000,-- die EUR 79.000,-- die wir heute beschließen sollen heraus gehandelt bzw. diese Reduktion geschafft. Jetzt stellt sich für mich die Frage was die Alternative für die Stadt gewesen wäre. So wie jetzt die 50 % der Kosten wie wir sie heute beschließen sollen. Die Übergänge wären weg gekommen, was somit auch die Verkehrssicherheit der querenden Personen verschlechtert hätte – wesentlich. Oder in späterer Folge die Stadt die 100 % Kosten übernehmen hätte müssen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So das ... ist wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich bedanke mich.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1  
GR<sup>in</sup> Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: 35

Zustimmung: 27

**SPÖ 18** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Walter Oppl, Vbgm. Wilhelm Hauser, StR<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR Ernst Esterle, GR<sup>in</sup> Helga Feller-Höllner, GR<sup>in</sup> Monika Freimund, GR Kurt-Werner Haslinger, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR Mag. Gerhard Klausberger, GR<sup>in</sup> Erika Loibl, MAS, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster)

**FPÖ 6** – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber, GR Hans Payrleithner)

**GRÜNE 3** – (GR Kurt Apfelthaler, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Stimmenthaltung: 8

**WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8** – (Vbgm. Gunter Mayrhofer, GR<sup>in</sup> Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Mag. Wolfgang Glaser, GR Ing. Wolfgang Hack, GR<sup>in</sup> Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Darf bevor wir an das Ende der Sitzung kommen oder bevor wir die Sitzung schließen, ich hoffe in eurem – ich bin überzeugt – auch in eurem Namen der Birgit Schörkhuber herzlich zu ihrem Baby gratulieren. Sie hat den Sohn Valentin heute mit. Wir freuen uns mit dir. Alles Gute für die Zukunft und schön, dass du trotz Baby die Zeit gefunden hast da bei uns im Gemeinderat zu sein. Alles Gute!

*Applaus!*

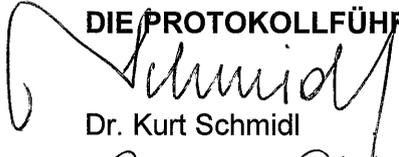
So mit diesen Glückwünschen beenden wir die Sitzung. Ich darf noch sagen, dass wir Verhandlungsgegenstände im Wert von EUR 3.170.000,-- diskutiert und beschlossen haben. In diesem Sinne einen schönen Abend.

ENDE DER SITZUNG UM 16:45 UHR.

**DER VORSITZENDE:**

  
Bürgermeister Gerald Hackl

**DIE PROTOKOLLFÜHRER:**

  
Dr. Kurt Schmidl

  
Christina Schaumberger

**DIE PROTOKOLLPRÜFER:**

  
GR Ernst Esterle

  
GR Mag. Wolfgang Glaser